

## 23. Sitzung

am Dienstag, dem 13. Juli 1999, 15.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches . . . . . 1460

**Aktuelle Stunde** gemäß § 75 GeschO auf Antrag  
der Fraktion der SPD

**„Generationengerechtigkeit statt Rentendemagogie“**

Maget (SPD) . . . . .	1460
Glück (CSU) . . . . .	1461
Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	1463
Frau Staatsministerin Stamm . . . . .	1464
Wahnschaffe (SPD) . . . . .	1469
Kobler (CSU) . . . . .	1470
Frau Steiger (SPD) . . . . .	1471
Dr. Söder (CSU) . . . . .	1472
Frau Berg (SPD) . . . . .	1473
Frau Görlitz (CSU) . . . . .	1474
Schultz (SPD) . . . . .	1475
Unterländer (CSU) . . . . .	1476

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
zur **Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs** (Drs. 14/1361)

**Gesetzentwurf** der Abg. Elisabeth Köhler, Münzel, Dr. Dürr u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
zur **Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Weiterentwicklung des Bayerischen Schulsystems: Qualität steigern – Selbstverwaltung stärken – Demokratie leben)** (Drs. 14/1386)

– Erste Lesung –

Frau Staatsministerin Hohlmeier . . . . .	1477
Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	1479
Irlinger (SPD) . . . . .	1481
Knauer (CSU) . . . . .	1482

Beschluß . . . . . 1484

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
eines **Zweiten Gesetzes über weitere Maßnahmen zur Verwaltungsreform in Bayern (Zweites Verwaltungsreformgesetz – 2. VwReformG)** (Drs. 14/1369)

– Erste Lesung –

Beschluß . . . . . 1484

Schluß der Sitzung . . . . . 1484

(Beginn: 15.01 Uhr)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen, und eröffne die 23. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahme genehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung voraussetzend, erteilt.

Ich rufe auf:

## Tagesordnungspunkt 12

### Aktuelle Stunde

#### „Generationengerechtigkeit statt Rentendemagogie“

Für die heutige Sitzung war die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum genannten Thema beantragt.

(Widerspruch bei der CSU – Sackmann (CSU): Die frauen sich was! – Gegenruf Maget (SPD): Frechheit siegt! – Dr. Weiß (CSU): Augen zu und durch!)

Die einzelnen Redner dürfen grundsätzlich nicht länger als 5 Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer Redner 10 Minuten sprechen; dies wird auf die Gesamtrededzeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung kraft seines Amtes das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als 10 Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, 5 Minuten ohne Anrechnung auf die Dauer der Aussprache zu sprechen. Ich bitte Sie, auf mein Signal zu achten. – Erster Redner ist Herr Abgeordneter Maget. Ihm stehen 10 Minuten Redezeit zur Verfügung.

**Maget (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die allermeisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern bedeutet die Rente heute und in Zukunft das Kernstück ihrer Alterssicherung. Sie sind deshalb darauf angewiesen, daß die gesetzliche Rentenversicherung zukunftssicher ist. Die Menschen müssen Vertrauen in sie haben können. Dieses Vertrauen in die Rentenversicherung ist ein hohes Gut. Man gewinnt und erhält es nicht durch Polemik, Demagogie oder durch das Schüren von Ängsten, wie es CDU und CSU im Augenblick betreiben.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Man gewinnt das Vertrauen nur durch sachliche Information einerseits und durch ein einsichtiges, tragfähiges rentenpolitisches Zukunftskonzept andererseits, wie es die SPD zur Entscheidung vorlegt. Übrigens bin ich durchaus der Meinung, daß Konsens und gemeinsame Rentenpolitik der großen Parteien erstrebenswert sind. Wir zumindest wollen dies in absehbarer Zeit erreichen. Jetzt aber muß die Politik der verantwortungslosen Irre-

führung der Rentnerinnen und Rentner entgegenwirken. Dazu soll auch die Aktuelle Stunde dienen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Die Ziele unserer Rentenpolitik sind folgende: Erstens soll der Beitragssatz stabil werden und stabil bleiben, damit auch die jungen Beitragszahler wieder Vertrauen zurückgewinnen. Wir haben in einem ersten Schritt die Beiträge zur Rentenversicherung um 0,8% gesenkt. Damit ist zum erstenmal seit Jahren ein Beitrag zu einer Sozialversicherung zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückgegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens wollen wir eine eigenständige Alterssicherung für Frauen, was gerade in Bayern bei Durchschnitts-Frauenrenten von 850 DM pro Monat dringend erforderlich ist. Drittens wollen wir eine soziale Grundsicherung, damit das Alterssicherungssystem armutsfest wird. Wir werden die Eigenvorsorge der Menschen für das Alter fördern. Im Gegensatz zu Ihrer Propaganda werden die Renten nicht gekürzt, sondern sie steigen, und zwar höher als die Preissteigerungsrate. Die Riester-Rente ist besser als die Blüm-Rente.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU – Glück (CSU): Blanke Demagogie!)

Darüber hinaus korrigieren wir eine besonders unsoziale Maßnahme der ehemaligen CDU/CSU-FDP-Bundesregierung, indem wir die Einschnitte bei der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente zurücknehmen. Schließlich erhöhen wir die Zuschüsse des Bundes zur Rentenversicherung auf über 120 Milliarden DM, damit die sogenannten versicherungsfremden Leistungen endlich aus allgemeinen Steuermitteln abgedeckt werden.

(Beifall bei der SPD)

Alles in allem ist das ein tragfähiges, zukunftsorientiertes Konzept, in das die jüngeren Beitragszahler wieder Vertrauen haben können. All das und insbesondere die Frage, was die Rentnerinnen und Rentner in Zukunft in der Tasche haben werden, soll nun durch eine Kampagne von CDU und CSU vernebelt werden. Erstens behauptet die CSU in ihrer aktuellen Presseverlautbarung, das Rentenniveau werde innerhalb von zwei Jahren von 70% auf 65% abgesenkt werden. Das ist gelogen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Nicht nur im Moment, sondern auch in der langfristigen Prognose wird das Rentenniveau nicht auf 65% abgesenkt werden. Damit stehen wir im übrigen ganz im Gegensatz zur Jungen Union in Bayern, die in ihrem Papier „Soziale Sicherung für das 21. Jahrhundert“ fordert, das Rentenniveau – man höre und staune – von 70% sogar auf 50% abzusenken. Solange solche sozialpolitischen Geisterfahrer in der CSU herumturnen, soll-

ten Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, bei der Debatte lieber ganz still sein.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens sagt die Höhe des Rentenniveaus überhaupt nichts über die tatsächliche Höhe der Rente aus. Entscheidend ist nicht der theoretische Faktor für die Berechnung, sondern vielmehr der echte Zahlbetrag, den die Rentnerinnen und Rentner in Mark und Pfennig in der Tasche haben.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Auch hier hilft ein Blick in die jüngste Vergangenheit. So betrogen die Rentensteigerungsraten – –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Spaenle (CSU))

– Hören Sie gut zu, Herr Spaenle, sonst verlieren Sie gleich wieder Wahlen.

(Dr. Weiß (CSU): Und das sagen Sie nach den Europawahlen!)

– Ja, wir haben auch schon Wahlen verloren. So betrogen die Rentensteigerungen in den letzten Jahren Ihrer Regierungsverantwortung zum Beispiel 1995 nur 0,5% und 1998 nur 0,44%. Im Jahr 1999 beträgt die Steigerungsrate immerhin 1,34%. Ich betone nochmals: Die Riester-Rente ist nicht nur besser, sondern dreimal so gut wie die Blüm-Rente.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU – Glück (CSU): Frechheit siegt!)

Die für das Jahr 2000 vorgesehene Anpassung in Höhe von 0,8% ist immerhin doppelt so hoch wie Ihre Glanzleistung aus dem Jahr 1998. Übrigens stiegen die Renten in den letzten Jahren ihrer Regierungszeit jährlich geringer als die Inflationsrate. Jahr für Jahr hatten die Rentnerinnen und Rentner weniger in der Tasche. Auch das ist heuer anders. Die Renten steigen in diesem Jahr erstmals wieder höher als die Preise. Das bedeutet für die Rentnerinnen und Rentner netto ein Plus.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit wären wir abschließend beim Thema „nettolohnbezogene Rentenformel“.

Sie haben recht: Sie ist ein Prinzip, das wir immer vertreten haben und das auch in Zukunft gelten soll.

Allerdings ist es einfach, an diesem Prinzip festzuhalten, wenn man, wie Sie, alles dafür tut, daß eine Nettolohnsteigerung bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erst gar nicht zustande kommt. Während der letzten Jahre haben nämlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern einen Reallohnverlust hinnehmen müssen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben also netto weniger erhalten. Wenn man eine solche Politik macht, dann kann man in der Rentenpolitik

eine nettolohnbezogene Rentenformel gebrauchen. Das nützt den Rentnerinnen und Rentnern aber überhaupt nichts. Diese werden dadurch keinen Pfennig mehr in der Tasche haben.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt steigen die Nettolöhne wieder. Das hat mehrere Gründe. Das liegt an der Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge, an einer Lohnsteigerung um ungefähr drei Prozent – endlich hat wieder einmal eine Lohnsteigerung stattgefunden –, an Verbesserungen im Rahmen des Familienlastenausgleichs und an Steuersenkungen, insbesondere für Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen. All diese Maßnahmen zusammen führen dazu, daß die Arbeitnehmer erheblich mehr Geld in der Tasche haben. Würde man nun sofort die Renten entsprechend anheben, würden die Beitragssenkungen in der Rentenversicherung wieder zunichte gemacht.

Deshalb ist es mehr als folgerichtig, daß man jetzt die Nettolohnanpassung der Renten für zwei Jahre aussetzt, um die Anpassung im Grundsatz erhalten zu können. Das ist kein Willkürakt, sondern eine unvermeidbare Konsequenz aus der überfälligen und spürbaren finanziellen Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ich habe übrigens auch den Eindruck, daß diese Politik in der Bevölkerung und bei den Rentnerinnen und Rentnern sehr wohl richtig verstanden wird.

(Lachen bei der CSU)

– Lassen Sie von der CSU doch Herrn Dr. Söder dazu einige Ausführungen machen. Ich bin sehr gespannt, wie das rentenpolitische Konzept der Jungen Union aussieht und was Ihre Fraktion dazu sagt.

Ich zitiere an dieser Stelle den Vorsitzenden des VdK, Herrn Hirrlinger, wobei ich das Zitat allerdings kürze, weil meine Redezeit zu Ende geht. Herr Hirrlinger sagt:

Wir müssen eine Modifizierung der Nettoanpassung vornehmen. Wir können die Probleme nicht auf unsere Kinder und Enkel verschieben. Das wäre eine Bankrotterklärung der älteren Generation.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam die Alterssicherung modernisieren und dabei die soziale Gerechtigkeit wahren. Zur dauerhaften Sicherung der Renten sind Reformen und ein breiter gesellschaftlicher Konsens notwendig und erwünscht. Daran sollte sich auch die CSU beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Als nächster Redner hat Herr Kollege Glück das Wort.

**Glück (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Maget, mit Ihrer Rede haben Sie soeben versucht, die Rentner und die Fach-

organisationen, die sich mit dieser Frage auseinandergesetzt haben, für dumm zu verkaufen.

(Beifall bei der CSU)

Sie gestalten die Rentenpolitik wie die Ausländerpolitik, nämlich an den Menschen vorbei, im Machtrausch nach der Bundestagswahl. Sie werden Ihre Politik korrigieren müssen, weil die Mehrheit – auch ihre eigenen Anhänger – weiß, daß sie mit dieser Politik betrogen wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin dankbar, daß Sie dieses Thema gewählt haben. Es ist ein Thema, an Hand dessen man den eklatanten Wortbruch aufzeigen kann, der für Bundeskanzler Schröder typisch ist.

(Widerspruch bei der SPD)

Es ist typisch für die SPD in Bayern, daß sie in dieser Frage keine eigene Position vertritt, übrigens ganz im Gegensatz zu der saarländischen SPD.

(Beifall bei der CSU)

Vor der Wahl war im SPD-Wahlprogramm zu lesen: „Die Kürzung des Rentenniveaus von 70% auf 64% würde viele Rentnerinnen und Rentner zu Sozialhilfeempfängern machen.

(Maget (SPD): Richtig!)

So darf man mit Menschen nicht umgehen, die ein Leben lang gearbeitet haben.“ Sie von der SPD gehen aber so mit diesen Menschen um.

(Maget (SPD): Das stimmt nicht!)

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat im Januar 1999 mitgeteilt:

Die Rentenformel stellt grundsätzlich sicher, daß die Renten jährlich zum 1. Juli entsprechend der Entwicklung der Nettolöhne im Jahr zuvor angehoben werden. Durch das Aussetzen des Demographiefaktors wird sichergestellt, daß das Rentenniveau nicht gekürzt wird.

Beim politischen Aschermittwoch in Vilshofen sagte der Bundeskanzler: „Ich stehe dafür, daß die Renten auch in Zukunft so steigen wie die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer.“ Das sagte er unter dem Beifall der SPD. Frau Schmidt hat hier im Plenum anlässlich der Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu den Renten gesagt:

Wir brauchen eine Reform, die aus Rentnerinnen und Rentnern nicht Sozialhilfeempfänger macht. Wir werden die Rentenversicherung generationenübergreifend modernisieren, und dazu ist als erster Schritt notwendig, die von Ihnen mitgetragene Reform zuerst einmal auszusetzen.

Die Verbände, welche die Rentner vertreten und eine besondere Kompetenz in der Sozialpolitik haben, die Sie von der SPD so gern für sich reklamieren, sind empört. Ich möchte aus einem Zeitungsbericht über eine Aussage des Landesschatzmeisters des VdK Bayern zitieren.

(Maget (SPD): Haben Sie das überprüft?)

Dort heißt es:

Die Schröder-Regierung glaube wohl, sie könne 17 Millionen Rentner an der Nase herumführen. Erst gebe sie vor, sie wolle nicht alles anders, aber vieles besser machen, und jetzt setze sie die Rentenreform der alten Regierung aus, um jetzt die Rentner doppelt und dreifach zu schröpfen.

Herr Kollege Maget, die Maßnahmen, die Sie als Entlastung bezeichnet haben, beispielsweise die sogenannte Ökosteuer, haben zwar den Beitrag für die Arbeitnehmer reduziert, aber die Rentner zusätzlich belastet. Die Rentnerinnen und Rentner erfahren keine Entlastung.

(Beifall bei der CSU – Wahnschaffe (SPD): Das stimmt überhaupt nicht!)

Der DAG-Bundesvorstand sagt:

Die jetzt diskutierten Kürzungen sind sachfremd und willkürlich, weil sie nur aufgrund der Kassenlage des Bundeshaushalts vorgenommen werden. Dadurch besteht bei Versicherten und Rentnern ein großer Vertrauensschaden.

(Maget (SPD): Das hat mit der Kassenlage nichts zu tun!)

Wer glaubt denn noch Bundeskanzler Schröder, der innerhalb von Monaten zu jedem Thema ganz unterschiedliche Meinungen hat? Er hatte allein fünf verschiedene Meinungen beim 630-Mark-Gesetz. Er hat im Rahmen der Rentendiskussion wiederholt Wortbruch begangen. Wer glaubt denn diesem Bundeskanzler, daß man in zwei Jahren wieder zur nettolohnbezogenen Rente zurückkehrt? Welchen Grund gibt es dafür, einem Menschen zu glauben, der permanent sein Wort bricht?

(Beifall bei der CSU)

Das Ifo-Institut sagt das Gegenteil von dem, was Sie, Herr Maget, in bezug auf die Beitragssätze verkündet haben. Das Ifo-Institut erklärt, daß nach dem Riester-Modell die Beiträge stärker als nach dem Blüm-Modell ansteigen.

(Maget (SPD): Weil die Renten höher sein werden!)

Der Bund der Ruhestandsbeamten wendet sich entschieden gegen diese Art der Manipulation. Sie von der SPD haben schon wieder manipuliert. Es ist zutiefst unehrlich, wenn Sie darauf spekulieren, daß der einzelne die Fakten nicht parat hat. Frühere Rentenanpassungen werden von Ihnen mit der aktuellen Anpassung verglichen. Seinerzeit wurde von der Union und der SPD

im Einvernehmen beschlossen, die nettolohnbezogene Rente als Maßstab zu nehmen. Die früheren Rentenerhöhungen haben sich alle an der jeweiligen Einkommensentwicklung ausgerichtet. Deshalb ist es unzulässig, ein früheres Bezugsjahr dem Vergleich zu heute zugrunde zu legen.

Im übrigen ist es besonders apart, wenn Sie einerseits behaupten, bei uns steigen die Löhne und Einkommen, auf der anderen Seite aber keinen Kommentar zu den Vorschlägen von Ministerpräsident Beck abgeben. Bundeskanzler Schröder hat Herrn Beck nicht widersprochen. Er hat lediglich geäußert, er mische sich nicht in die Diskussion ein. Wenn die SPD jetzt für einen Zeitraum von zwei Jahren die Renten kürzen und anschließend eine Nullrunde bei den Lohnerhöhungen anstreben würde, dann würde dies bedeuten, daß es keine Rentenerhöhung geben wird.

(Maget (SPD): Seit wann legt Herr Beck die Lohnhöhe fest?)

– Der Bundeskanzler hat Herrn Beck nicht widersprochen. Ich nehme Herrn Beck in dieser Frage nicht übermäßig wichtig.

Wenn Herr Bundeskanzler erklärt, er widerspreche dem nicht, er mische sich nicht ein, dann heißt das: Herr Schröder läßt es wieder einmal offen, ob er es dann doch so macht.

(Maget (SPD): Tarifautonomie heißt das!)

Dies hätte natürlich gravierende Auswirkungen auf die Entwicklung der Renten.

Herr Maget, was Sie zu den Auswirkungen unserer Beschlüsse zum demographischen Faktor und den Auswirkungen des Riester-Vorschlags gesagt haben, ist schlicht falsch. Nach dem „Blüm-Vorschlag“ – so wird er gern personalisiert wird – hätten die Rentnerinnen und Rentner im Jahr 2000 knapp 50 DM pro Monat mehr Durchschnittsrente in der Tasche als nach dem Riester-Vorschlag und im Jahr 2001 knapp 100 DM mehr.

Wir haben nie bestritten, daß bei den Renten Veränderungen notwendig sind, aber Sie haben das vor der Wahl bestritten.

(Beifall bei der CSU)

Wir hatten den Mut, trotz Wahljahr zu sagen: Wir brauchen eine längerfristige Regelung, die das Rentensystem stabilisiert.

(Wahnschaffe (SPD): Warum dann erst 1999?)

Daraus resultierte der demographische Faktor.

Meine Damen und Herren, man kann über einzelne Maßnahmen immer streiten. Aber bei einem Thema, das für die längerfristige Lebensplanung der Menschen von grundlegender Bedeutung ist, darf es nicht sein, daß die Berechnung der Rente der jeweiligen Haushaltslage des Bundes unterworfen wird.

(Maget (SPD): Der Haushaltslage nicht!)

Aber genau dies tun Sie jetzt,

(Widerspruch des Abgeordneten Maget (SPD))

indem Sie eine reine Lastenverschiebung zwischen den Haushalten betreiben.

Man kann zwar über die Höhe eines demographischen Faktors streiten, aber wichtig ist eine für alle nachvollziehbare und kalkulierbare Basis.

Deswegen ist das Schlimmste, was diese Bundesregierung bei diesem Thema angerichtet hat, die Zerstörung des Vertrauens in die Verlässlichkeit des Systems der Rente und in die Verlässlichkeit der Politik.

(Beifall bei der CSU)

Meine letzte Bemerkung: Natürlich wäre es gut, wenn die SPD – und die GRÜNEN mit – zu der Bereitschaft zurückkehren würde, die Rente möglichst parteienübergreifend zu regeln.

(Wahnschaffe (SPD): Und was haben Sie da für einen Vorschlag?)

So war es in der Vergangenheit. Sie haben diese Bereitschaft in der letzten Legislaturperiode aufgegeben.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Ist doch nicht wahr!)

Aber eines kann nicht sein: daß Sie die Bedingungen diktieren und wir zu diesen Vorschlägen ins Boot steigen.

Zunächst muß der Riester-Vorschlag vom Tisch,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zustimmung des Abgeordneten Dr. Bernhard (CSU))

und dann können wir gemeinsam darüber beraten, wie die Dinge zu regeln sind.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nächste Wortmeldung: Frau Schopper.

(Maget (SPD): Wievielter Redner ist denn der Herr Söder? – Gegenruf des Abgeordneten Dr. Bernhard (CSU): Da schauen Sie ziemlich alt aus! Mein lieber Spitz!)

**Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bestimmt läßt sich nachher klären, wann Herr Söder spricht. Wir werden genau zuhören, was für einen Vorschlag er hat. Wir haben schon befürchtet, wir müßten unter „www.soder.de“ nachschauen, welches Rentenkonzept er bringt.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte erst einmal einige grundsätzliche Argumente bringen. Herr Glück, sie haben gesagt – und das möchte ich noch einmal aufgreifen –, daß Sie in der letzten Legislaturperiode eine Rentenreform vorgelegt haben, die in gewisser Weise zukunftsweisend den Generationenvertrag überdauert hätte. Dazu möchte ich Ihnen sagen: Ihr Rentenkonzept von damals hat zwar die Rente von heute gesichert, aber für die Rente von morgen und übermorgen hat es eher auf ein Wunder gehofft. Ihr Prinzip war: Wir lassen alles beim alten, flankieren nichts und senken nur das Rentenniveau ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann keine Antwort auf das sein, was die Rentenversicherung braucht.

Wir haben – da muß man einmal ganz nüchtern Bilanz ziehen – einen Schuldenberg von 1,5 Billionen DM. Denjenigen unter Ihnen möchte ich sehen, der auf der Stelle weiß, wie viele Nullen das überhaupt sind, die Sie uns als Schuldenberg hinterlassen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Eykmann (CSU))

Wenn Ihnen politisch etwas aufstößt, ist der Griff zur Postkarte die politische Antwort. Herr Söder – um ihm noch einmal die Ehre anzutun – hat bei den 630-DM-Jobs entsprechende Aktionen gemacht, bei der Scheinselbständigkeit, und jetzt greift Angela Merkel zur Postkarte. Sie sind wohl eher an Provisionszahlungen der Bundespost interessiert als an einer realen Lösung der Probleme.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die jetzige Struktur der Rentenversicherung ist mehr als überholungsbedürftig. Wir wissen: Die Zahl der Geburten geht zurück, die Lebenszeit verlängert sich – Gott sei Dank –, der 45 Jahre lang ununterbrochen Vollzeitbeschäftigte ist nicht mehr Realität. Die Beitragssätze müssen stabil bleiben. Daher ist eine Reform überfällig. Nehmen Sie etwas den Schaum vor dem Mund weg,

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Eykmann (CSU): Den haben Sie ja nicht vor dem Mund, oder?)

und dann müssen Sie zugeben: Es ist wichtig, im Rentensystem eine Grundsicherung und eine eigenständige Sicherung der Frauen einzuführen sowie vor allen Dingen für künftige Generationen Vertrauen zu schaffen.

(Dr. Eykmann (CSU): Sie mühen sich ja redlich!)

Bisher war es immer so: Wenn Norbert Blüm im Bundestag oder sonstwo gesagt hat, die Rente sei sicher, hat meine Generation gedacht: Und die Erde ist eine Scheibe.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin zwar eine Anhängerin sowohl der beitragsfinanzierten als auch der umlagefinanzierten Rente, aber wir müssen sie flankieren und modernisieren.

(Kobler (CSU): Und wie ist es mit der Leistungsbezogenheit?)

In unserem Konzept war sehr wohl ein demographischer Faktor enthalten, weil wir wissen, daß wir auch die Menschen in die Verantwortung hineinnehmen müssen, die jetzt Rente beziehen. Nach allen Diskussionen zur Rentenversicherung, die ich mitbekommen habe, bin ich mir da sicher. Zwar wollen die Menschen jetzt eine Erhöhung wie bei den Nettolöhnen um 3,6%, aber sie wissen sehr genau, daß auch sie einen Beitrag dazu leisten müssen, der heißt: Solidarität in der Rentenversicherung, damit die jungen Menschen wieder ein gewisses Vertrauen fassen. Ich möchte an das erinnern, was Herr Hirrlinger bei der Landesverbandstagung gesagt hat, bei der Sie auch anwesend waren, Herr Glück: daß ein Ausgleich zwischen Alt und Jung gefunden werden muß.

(Glück (CSU): Deswegen haben wir den demographischen Faktor eingeführt!)

Das ist ein wichtiger Punkt, um die Rente sowohl zukunftsicher als auch für die Menschen, die jetzt Rente beziehen, armutsfest zu machen. Das ist in Ihrem Konzept bisher in keiner Weise erwähnt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie wüßten, wie viele Frauen eine Rente bekommen, die keine eigenständige Lebensführung sichert, dann müßten Sie sagen: Dort müssen wir nachbessern. Mit der Berücksichtigung einer eigenständigen Absicherung der Frauen und der Zukunft für die Jugend sollten Sie zur Sachlichkeit zurückkehren. Sie sollten sich einmal überlegen, ob es nicht besser wäre, das Angebot annehmen, statt Bedingungen zu stellen und sich mit Ihrer Postkartenaktion an der Unsicherheit der alten Menschen zu weiden, die jetzt das Gefühl haben, sie müßten ihr Geld in den Sparstrumpf stecken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Kobler (CSU): Sie vergessen die Leistungsbezogenheit! Wir haben Grundrechte!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Frau Staatsministerin Stamm hat ums Wort gebeten.

**Frau Staatsministerin Stamm** (Sozialministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! „Wer darüber hinaus bei den Rentnern durch Besteuerung der Renten, durch Anhebung der Altersgrenze und Absenkung des Rentenniveaus gleich mehrfach zugreift, zerstört den Glauben der Menschen an soziale Gerechtigkeit und hat den Bestand der sozialen Sicherungssysteme in diesem Land aufs erheblichste gefährdet.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollege Maget, dieses Zitat stammt aus der Plenarsitzung des Bayerischen Landtags am 21. Februar 1997.

(Dr. Bernhard (CSU): Sehr gut! Glaubwürdigkeit!)

Herr Kollege Maget, Sie beantragen heute eine Aktuelle Stunde zum Thema „Generationengerechtigkeit“. Sie haben uns vorgeworfen, daß wir die Altersgrenze angehoben haben. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie diese Erhöhung rückgängig gemacht? Sie haben sie zwar nicht rückgängig gemacht, aber Sie haben uns die Erhöhung vorgeworfen. Sie haben uns dieses Geschäft noch überlassen, denn Sie haben genau gewußt, daß es auch nach der Regierungsübernahme ohne eine Anhebung der Altersgrenze nicht gehen wird. Da Sie die Anhebung der Altersgrenze hier im Bayerischen Landtag so kritisiert haben, hätten Sie sie aussetzen oder zumindest dafür sorgen müssen, daß sie ausgesetzt wird.

Generationengerechtigkeit ist nicht irgendein Thema, es ist das Thema der Stunde. Darin stimmen wir voll überein. Was ist denn Gerechtigkeit? Ein berühmter deutscher Philosoph aus Königsberg löste die Frage mit einer schlichten und einfachen Feststellung:

Handle so, daß du jederzeit wollen kannst: Die Maxime deines Handelns soll allgemeines Gesetz werden.

Der Volksmund drückt dies noch etwas einfacher aus:

Was du nicht willst, das man dir tu,  
das füg, auch keinem anderen zu.

(Zurufe von der SPD: Das haben Sie aber nicht verstanden! Pharisäerei!)

Was wollen wir uns bei der Rentenversicherung nicht zumuten? Auch auf diese Frage gibt es eine einfache Antwort: Wir wollen keine Beitragssätze, die nicht mehr bezahlt werden können, welche die Motivation erdrücken und das Wirtschaftsleben ersticken. Wenn wir uns solche Beiträge nicht zumuten wollen, können wir sie auch unseren Kindern und Enkelkindern nicht zumuten. Folglich müssen wir bereits heute alles tun, damit die späteren Generationen nicht in einer Weise belastet werden, wie wir es auch nicht wollen. Die praktische Antwort auf die Frage nach der Generationengerechtigkeit in der Rentenversicherung gab der demographische Faktor des Rentenreformgesetzes 1990 der früheren Bundesregierung. Was bedeutet dieser demographische Faktor?

Er bedeutete erstens die Reduzierung der Beitragslast für die späteren Generationen. Die späteren Generationen sollen zwar etwas mehr tragen als die jetzige Generation. Ihnen wird aber immer noch eine Beitragshöhe zugemutet, mit der sie bei Abwägung aller Umstände leben können. Zweitens bedeutet der demographische Faktor, daß das Maß der Absenkung des Rentenniveaus nicht von Willkür bestimmt wird, sondern von einem elementaren Gerechtigkeitsprinzip, das dem Rentenversicherungssystem immanent ist; das ist die ausgleichende Gerechtigkeit, die Beitrags- oder die Marktgerechtigkeit.

Da die Rentner aufgrund der höheren Lebenserwartung über einen längeren Zeitraum Rente erhalten, konnte die

Leistung im Verhältnis zur längeren Bezugsdauer abgesenkt werden. Diese demographische Formel ist Verunfaterwägungen zugänglich. Sie ist nicht durch Willkür bestimmt und findet sich im gegenwärtigen System der Rentenversicherung wieder. So bestimmt § 63 Absatz 1 SGB VI, daß sich die Höhe der Rente vor allem nach der Höhe der von während des Versicherungslebens durch Beiträge Versicherten Arbeitsentgelte und Arbeitseinkommen richtet. Hier gibt es also für eine Leistung auch eine Gegenleistung. Der demographische Faktor ist hierbei eine Fortsetzung dieses Systems.

Herr Kollege Maget, es gehört schon sehr viel dazu, daß Sie es jetzt befürworten, die Nettolohnanpassung für zwei Jahre auszusetzen, wie es Riester vorgeschlagen hat. Sie rechtfertigen dies damit, daß die Renten zu unserer Regierungszeit nur sehr minimal gestiegen sind. Das ist richtig. Sie sind aber nur aufgrund der geringen Preissteigerung so wenig gestiegen und nie aus Willkür.

(Maget (SPD): Unter der Preissteigerung!)

– Das ist richtig, unter der Preissteigerung, aber nie aus Willkür!

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Wahnschaffe (SPD): War die Rentenreform keine Willkür?)

– Herr Kollege Wahnschaffe, wenn ich mich recht erinnere, bestand über die Umstellung von der Bruttolohnanpassung zur Nettolohnanpassung ein Konsens.

(Wahnschaffe (SPD): Und wie war es mit dem Vertrauensschutz?)

– Herr Kollege, können Sie sich noch daran erinnern, daß die Umstellung von der Brutto- auf die Nettolohnanpassung im Konsens erfolgt ist? Das war so. Seit wir über diese Umstellung Konsens erzielt haben, hat es jährlich nur Nettolohnanpassungen gegeben und keine willkürlichen Erhöhungen, die davon abhängig gewesen wären, wieviel Geld im Bundeshaushalt vorhanden war. Das müssen Sie endlich einmal kapieren.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Was hat das mit dem Bundeshaushalt zu tun?)

Sie können uns doch nicht dafür verantwortlich machen, daß es in den letzten Jahren zugegebenermaßen moderatere Lohnabschlüsse gegeben hat. Lohnabschlüsse unterliegen der Tarifautonomie.

(Maget (SPD): Und Steuererhöhungen?)

Hätten wir von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Nullrunden verlangt, hätten Sie hier den Aufstand geprobt. Sie können durchaus sagen, daß die Rentner zu wenig bekommen haben. Es ist aber unredlich, uns vorzuwerfen, daß die Rentenerhöhungen zu unserer Regierungszeit nicht in dem entsprechenden Maße stattgefunden hätten. Jede Rentenerhöhung erfolgte nach dem Prinzip der Nettolohnanpassung. Das müssen Sie sich in Ihr Buch schreiben lassen.

(Maget (SPD): Unter der Preissteigerungsrate!)

– Egal, ob die Erhöhung unter der Preissteigerung lag oder nicht: Sie erfolgte nach dem Prinzip der Nettolohnanpassung, und das war die Rentenformel, auf die wir uns geeinigt haben.

(Hoderlein (SPD): Schwacher Trost!)

– Was heißt hier schwacher Trost? Ich erwarte von Ihnen bessere Argumente. Entweder haben wir Formeln für die Rentenanpassung, oder wir haben keine. Ich möchte Sie nicht an das Jahr 1976 erinnern. Sie haben schon einmal an den Rentnern Wahlbetrug begangen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, wissen Sie nicht mehr, daß der damalige Arbeitsminister Arendt noch am Wahlabend zurückgetreten ist, bevor überhaupt die Stimmen gezählt waren? Er hat gesagt, daß es ein großes Rentenproblem geben wird, das der damalige Bundeskanzler Schmidt im Wahlkampf noch verneint hatte. Wissen Sie das nicht mehr? Sie sind schon einmal mit einem Betrug an den Rentnern in eine Wahl gegangen. Damals mußte Ihr Arbeitsminister zurücktreten; Sie können es ja in Ihrer Parteigeschichte nachlesen.

Das Rentenreformgesetz war sozial ausgewogen, weil es eine Absenkung des Rentenniveaus nicht schockartig und über Nacht vorsah, sondern weil es den Menschen eine zwei Jahrzehnte andauernde Übergangszeit einräumte. Damit entsprach es dem rechtsstaatlichen Prinzip des Vertrauensschutzes. So waren unsere Vorstellungen von der Generationengerechtigkeit. Diese Vorstellungen sind auch Bestandteil des Rentenreformgesetzes 1999 geworden. Nach Ihren Aussagen im Wahlkampf 1998, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, war dieses Reformgesetz aber Unrecht. An diesem Gesetz hätten sich Gerechtigkeitslücken gezeigt, es sei nicht sozial ausgewogen gewesen – ich möchte damit nur einige der politischen Kampfbegriffe des letzten Jahres zitieren.

Unser Fraktionsvorsitzender Kollege Glück hat schon aus Ihrem Wahlprogramm zitiert. Ich darf noch einmal daran erinnern, daß der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 10. November 1998 gesagt hat:

Dabei geben wir eine dreifache Garantie. Wir werden den heute in Rente lebenden Menschen ihre Renten sichern und ihre ohnehin schon geringen Einkünfte nicht kürzen. Denjenigen, die heute in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, sagen wir zu, daß sie damit wirksame und leistungsrechte Rentenansprüche erwerben.

Darüber hinaus hat Bundeskanzler Schröder beim politischen Aschermittwoch in Niederbayern erklärt, daß er dafür stehe – ich zitiere –,

„daß auch in Zukunft die Rente so stark steigt wie die Nettoeinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also wie das, was sie in der Lohntüte haben.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, davon können Sie sich nicht verabschieden. Sie können nicht sagen: Das ist Schnee von gestern; das interessiert uns nicht mehr.

(Beifall bei der CSU)

Sie müssen schon dazu stehen und uns erklären, warum Ihr Kanzler dieses Versprechen nicht einhält, warum er dieses Versprechen bricht.

(Beifall bei der CSU)

Ich will noch einmal deutlich machen, was Kollege Glück gesagt hat. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir könnten sehr wohl darüber reden, wie wir gemeinsam zu einem rentenpolitischen Konsens kommen. Sie waren in der Wahlkampfzeit aber nicht bereit, über die Sache zu reden. Sie haben Stimmung gemacht, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Sie müssen uns deswegen erlauben, daß wir auf die Stimmungsmache, die Sie betrieben haben, aufmerksam machen. Sie haben Stimmungsmache betrieben; Sie haben die Rentnerinnen und Rentner gegen uns aufgebracht.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Sie wollen jetzt Stimmungsmache betreiben! Jetzt wollen Sie Wahlkampf machen!)

Sie müssen sich jetzt schon die Glaubwürdigkeitsfrage stellen lassen.

Frau Kollegin Schopper, es tut mir wirklich leid, daß ich sagen muß: Ihr Redebeitrag heute hat mich sehr enttäuscht.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich darf es Ihnen erklären. Ich nehme zur Kenntnis, daß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag weit von dem entfernt ist, was die GRÜNE Fraktion im Deutschen Bundestag an Rentenreform will. Frau Kollegin Christine Scheel ist uns allen noch bekannt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, was sagt Frau Scheel denn zum Demographiefaktor? Sie hat sich dazu bekannt, daß der Demographiefaktor die einzig systemgerechte Lösung für eine Generationengerechtigkeit ist.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wenn Sie für Generationengerechtigkeit sind, Frau Schopper, dann müssen Sie einräumen, daß das der richtige Weg gewesen ist. Diesen Weg hätten Sie gemeinsam mit uns weitergehen müssen.

Die von dem Bundesarbeitsminister angestrebte willkürliche Kappung der Renten

(Maget (SPD): Steigerung der Renten!)

entfaltet in der Zukunft erhebliche Folgewirkungen. Ich wiederhole: Die vom Bundesarbeitsminister angestrebte willkürliche Kappung der Renten

(Maget (SPD): Dennoch: Steigerung!)

entfaltet erhebliche Folgewirkungen in der Zukunft. Langfristig werden hier dreistellige Milliardenbeträge verschoben. Von Schuldbewußtsein zeugt das Ablenkungsmanöver der SPD und die Behauptung ihres Kanzlers die Renten seien jahrelang nicht entsprechend der Preissteigerungsrate angepaßt worden.

(Maget (SPD): Das stimmt!)

Dieses Argument ist mehr als unseriös – das habe ich schon ausgeführt –, weil dies eben mit der Nettolohnentwicklung zusammenhängt. Vor allem aber wird bei der Schutzbehauptung des Kanzlers nicht berücksichtigt, daß die Absenkung des Rentenniveaus innerhalb der Zweijahresfrist von zirka 70% auf zirka 65% nach den Beschlüssen der früheren Bundesregierung erst im Jahre 2020 eingetreten wäre.

Es war für mich heute interessant zu hören, Herr Kollege Maget, daß Sie gesagt haben: Das Rentenniveau ist ja gar nicht so entscheidend.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Begleitumstände sind entscheidend! – Zurufe von der SPD)

– Ich bitte Sie nachzulesen, was Sie hier gerade gesagt haben. Sie haben nicht gesagt, das Rentenniveau sei egal. Sie dürfen also nicht den Kopf schütteln, wenn ich auf Ihre Ausführungen reagiere. Wenden Sie sich vielmehr an denjenigen, der die Aussagen gemacht hat, auf die ich jetzt reagiere. Herr Maget, Sie sind vor wenigen Minuten am Rednerpult gestanden und haben gesagt, daß das Rentenniveau gar nicht so entscheidend sei. Entscheidend sei, so haben Sie gesagt, was ausbezahlt werde. Angesichts dessen muß ich Sie fragen, warum Sie uns dies nicht zugestanden haben. Sie sind doch durch das Land gezogen und haben gesagt, ein Rentenniveau in der Größenordnung von 64 und 65% sei dem Sozialhilfeempfang gleichzusetzen. Deswegen können Sie heute nicht behaupten, das Rentenniveau sei nicht entscheidend. Entweder es ist entscheidend, oder es ist nicht entscheidend.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Sie haben uns zum Vorwurf gemacht, daß wir mit einem Rentenniveau in der Größenordnung von 64 oder 65% noch mehr Sozialhilfeempfänger produzieren würden, um es jetzt einmal etwas salopp auszudrücken. Dies war Ihr Vorwurf in Wahlkampfzeiten, obwohl wir Ihnen damals schon immer deutlich zu machen versucht haben, daß wir schon vor Jahren ein weitaus geringeres Rentenniveau als 64% hatten. Wir waren nämlich schon einmal bei 62 und 63%. Solchen Argumenten sind Sie aber gar nicht zugänglich gewesen.

Wenn Sie jetzt bei Ihrer Feststellung bleiben, daß das Rentenniveau nicht entscheidend sei, können Sie auch nicht mehr gegen den Demographiefaktor sein, der für Gerechtigkeit gegenüber der jüngeren Generation sorgt. Dies wäre eine Grundlage auf der wir uns weiterbewegen könnten. Sie müssen sich allerdings entscheiden,

wofür Sie sind: für das, was Sie in Wahlkampfzeiten gesagt haben, oder für das, was Sie heute gesagt haben. Das müssen Sie hier noch aufklären.

Sie wenden dann auch noch Tricks an, Herr Kollege Maget. Sie, die Sie etwas von der Rentenversicherung verstehen, müßten wissen, was für Tricks Ihr Bundesarbeitsminister Riester anwendet. Ich nenne zum Beispiel den simplen Rechenrick, die reale Niveauabsenkung zu verschleiern. Wird das Kindergeld bei der Bestimmung der Nettolöhne herausgerechnet, steigt automatisch das formal ausgewiesene Rentenniveau, während sich an der realen Situation der Rentner nichts ändert.

(Wahnschaffe (SPD): Sie sollten den Mund nicht so voll nehmen!)

– Herr Kollege Wahnschaffe, mit Schreien ersetzt man keine Argumente. Sie müssen hergehen – –

(Maget (SPD): Er kommt ja gleich! Wenn Sie weggehen, geht er hin!)

– Sehr schön, vielen Dank. Herr Kollege Wahnschaffe, ich würde Sie bitten, hier deutlich zu machen, was nun gilt: das, was Sie uns vor Monaten gesagt haben, oder das, was heute gesagt wurde. Herr Kollege Maget, wenn Sie zugeben, daß dem so ist, dann werden Sie mir erstens zustimmen, daß es sich um einen Rechenrick handelt.

(Maget (SPD): Nein, das ist die nackte Wahrheit!)

– Gut, es ist die Wahrheit. Es wurde aber ein Trick in der Berechnung angewendet.

(Maget (SPD): Darf ich Sie etwas fragen?)

– Nein. – Zweitens müssen wir uns darüber unterhalten, ob sich hier ein Weg eröffnet. Ich will hier Gemeinsamkeiten aufzeigen, die uns vielleicht für eine spätere Debatte, wenn es dazu kommen sollte, dienlich wären. Dies will ich hier deutlich machen.

(Maget (SPD): Darf ich Sie etwas fragen?)

– Sie müssen erst noch einiges zurücknehmen.

(Zurufe von der SPD)

– Ich habe nichts zurückzunehmen.

Die alte Bundesregierung hat den Bürgern offen die Notwendigkeit von Reformen zur dauerhaften Sicherung des bewährten Rentensystems dargelegt. Sie hat mit dem demographischen Faktor eine verlässliche und transparente Berechnungsgrundlage für einen sozialverträglichen, sanfteren Rentenanstieg gewählt. Diese Regelung wurde von der Schröder-Regierung wider besseres Wissen ausgesetzt. Jetzt nimmt sie soziale Einschnitte in gravierendem Ausmaß vor. Die völlig willkürliche und rein fiskalisch motivierte Anpassung der Renten erschüttert das Vertrauen der Beitragszahler und gefährdet damit die Generationensolidarität. Wir brauchen uns dann nicht darüber zu wundern, daß die jungen Leute

kein Vertrauen mehr in die Rentenversicherung haben und aussteigen. Nicht diese, sondern Sie haben nichts gelernt. Rente ist kein staatliches Geschenk, sie ist nicht Almosen, sondern sie ist Gegenleistung und durch Beitragszahlung erarbeiteter, verfassungsrechtlich gesicherter Anspruch.

(Starzmann (SPD): Sollte es sein!)

Daß die Schröder-Regierung die Eigentumsgarantie der Rente nicht ernst nimmt, zeigt auch die planlose Umfinanzierungsstrategie. Ein Rentensystem, das am Tropf der Ökosteuern hängt, kann kein Konzept für eine vernünftige Alterssicherung sein.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Wer sagt denn so etwas?)

– Sie haben gerade auch hier wieder davon gesprochen.  
– Die Aufblähung des Steueranteils in den Rententöpfen ist im übrigen ein weiterer Willkürakt; denn die sogenannten versicherungsfremden Leistungen sind zwischenzeitlich längst abgedeckt.

(Frau Steiger (SPD): Wer sagt denn das?)

Auch das bedarf einer ruhigen Überlegung.

(Maget (SPD): Der Bundeszuschuß wird erhöht!)

Ich möchte Ihnen – Herr Kollege Glück hat es schon getan –

(Starzmann (SPD): Sie stellen die Sache auf den Kopf!)

– Ich stelle nichts auf den Kopf, nein, nein. Schauen Sie nach, wie viele versicherungsfremde Leistungen mittlerweile bezahlt werden.

(Maget (SPD): Sollen wir den Bundeszuschuß senken?)

Ich will noch einmal –

(Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD) – Kobler (CSU): Starzmann, rede zur Landwirtschaftspolitik und nicht zur Sozialpolitik!)

Ich will noch einmal deutlich machen – Kollege Glück hat es schon getan –, was das für die Rentner bedeutet. Eine Versicherte, bei der von einer durchschnittlichen Rentenbezugsdauer von 18 Jahren ausgegangen werden kann, erleidet unter Berücksichtigung des Demografiefaktors ohne Zins und Zinseszinsen einen Gesamtverlust von rund 14 000 DM. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, Sie müssen den alten Menschen mit ihrer großartigen Lebensleistung erklären, daß Sie ihnen willkürlich, nur um angeblich Ihren Sparhaushalt auf die Reihe zu bringen,

(Frau Steiger (SPD): Unser Sparhaushalt?)

14 000 DM nicht geben. Sie enthalten ihnen 14 000 DM vor, die ihnen zustünden.

(Zustimmung bei der CSU)

Das berühmte Sparpaket bringt die Absenkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe. Das verschweigen Sie ganz. Darüber reden Sie überhaupt nicht. Daraus, daß sich die Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit für Bezieher von Arbeitslosenhilfe nicht mehr aus dem letzten Bruttogehalt, sondern aus der tatsächlich gezahlten Arbeitslosenhilfe berechnen, resultiert pro Jahr der Arbeitslosigkeit ein Rentenverlust von 23 DM im Monat. Die Folge sind drastische Lücken in der Rentenbiographie der Betroffenen. Meine Damen und Herren, das machen Sie mit der Absenkung des Beitrags der Arbeitslosenhilfe in die Rentenversicherung. Diese Lücken haben weitere rentenpolitische Auswirkungen für die Menschen.

Mit Ihrer Politik muten Sie den Wählern nicht nur ein Wechselbad der Gefühle, sondern vor allen Dingen ein Wechselbad des Verstandes zu. Uns haben Sie vorgeworfen, das Rentenniveau sei zu niedrig. Was machen Sie mit den Arbeitslosen? Durch die Absenkung des Beitrags der Arbeitslosenhilfe in die Rentenversicherung geben Sie diesen Menschen Lücken in ihre Alterssicherung. Auch das ist die Wahrheit. Sie müssen begründen, warum Sie das tun.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Lichte betrachtet, sieht Ihr Sparpaket schlechter aus.

Der Bundesarbeitsminister ist von seinem weiteren Vorschlag immer noch nicht ganz abgerückt. Ich sage ganz bewußt: Die zwangsweise private Altersvorsorge wollten wir nie. Wir haben uns immer über Altersvorsorge unterhalten.

(Kobler (CSU): Über die freiwillige! – Maget (SPD): Da sind wir schon einmal einer Meinung!)

Sie haben vorhin Kollegen Söder angesprochen. Er wird Ihnen ausführlich darlegen können, daß gerade die Jungen in unserer Partei eher dafür gewesen sind, daran zu denken, einen Kapitalstock im System auf den Weg zu bringen.

(Maget (SPD): Das ist rot-grünes Regierungsprogramm!)

Es war nie ausgemacht, daß das zwangsweise auf den Weg gebracht werden soll.

(Wahnschaffe (SPD): Wie denn?)

Entweder wir machen das im Konsens mit der gesetzlichen Rentenversicherung, oder wir gestalten die private Altersvorsorge so attraktiv, daß sie sich auch für junge Leute lohnt. Angesichts Ihres Sparpakets und Ihrer Pläne für die Lebensversicherungen, stellt sich mir die Frage, ob das so ermutigend ist, in die freiwillige private Altersvorsorge einzuzahlen. Ich sehe das problematisch, und ich meine, Sie müssen noch einiges korrigieren.

Die angekündigten Reformvorhaben Absicherung unsteu-  
 erter Erwerbsverläufe, Rente nach Mindesteinkommen  
 und Prüfung der rentenrechtlichen Absicherung von Teil-  
 zeit lassen darauf schließen, daß das Kernprinzip der  
 Rentenversicherung, nämlich die Lohn- und Beitragsbe-  
 zogenheit der Renten ausgehöhlt bzw. dem Ziel weiterer  
 Umverteilungsmaßnahmen geopfert werden soll. Damit  
 kann man die Rentenversicherung nicht auf einen guten  
 Weg bringen.

Sehr interessant ist, was der ehemalige Chef des Bun-  
 desarbeitsministers, nämlich der IG-Metall-Vorsitzende  
 Klaus Zwickel zu den Rentenanpassungsplänen gesagt  
 hat. Er sagte: Einer sozialdemokratisch geführten Bun-  
 desregierung ist ein solcher Denkansatz unwürdig.  
 Meine sehr verehrten Damen und Herren, besser als  
 Klaus Zwickel hätte man es nicht sagen können.

(Maget (SPD): Das ist auch meine Meinung!)

– Herr Kollege Maget, lassen Sie mich zum Schluß noch  
 folgendes sagen: Sie haben die Aktuelle Stunde schon  
 vorgehabt, bevor Sie die Aktivitäten Ihres Ministerpräsi-  
 denten im Saarland, des Herrn Klimt, zur Kenntnis  
 genommen haben.

(Maget (SPD): Nein!)

Das geht aber nicht noch einmal. Weil er genau weiß,  
 daß er am 5. September 1999 Landtagswahl hat, bringt  
 er in der letzten Bundesratssitzung vor der Sommer-  
 pause einen Antrag ein, um wiederum seine Wähler zu  
 täuschen, indem er behauptete, er als Ministerpräsident  
 des Saarlands distanzieren sich von den Plänen seiner  
 Partei und seines Bundeskanzlers. Das lassen wir nicht  
 mehr durchgehen.

(Starzmann (SPD): Hat er das von der CSU  
 gelernt?)

Diese Methode lassen wir nicht mehr durchgehen.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Was machen  
 Sie dagegen?)

Nun zu den Einladungen zu den Konsensgesprächen.

(Zurufe von der CSU und der SPD)

Als wir Herrn Dreßler zu Konsensgesprächen eingela-  
 den haben, hat er gesagt, er wolle nur am Tisch erschei-  
 nen, wenn alles zurückgenommen werde; nicht nur die  
 Rentenreform, sondern alles, was diese unsoziale  
 Regierung getan habe, müsse zurückgenommen wer-  
 den. Sollten Sie Konsensgespräche wollen, muß alles  
 vom Tisch, was Sie mit der Rentenreform vorhaben. Wir  
 müssen gemeinsam von vorne beginnen und nach  
 gemeinsamen Lösungen suchen, die der Rentnergene-  
 ration von heute, aber auch vor allem der jungen Gene-  
 ration von morgen und übermorgen gerecht wird.

(Mehrlich (SPD): 16 Jahre hatten Sie Zeit!)

Wir lassen uns nicht noch einmal von Ihnen täuschen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Liebe Kolleginnen  
 und Kollegen von den Fraktionsführungen, nachdem  
 Frau Staatsministerin Stamm eine Redezeit von 35  
 Minuten beansprucht hat, können die Fraktionen so sie  
 wollen, noch einen weiteren Redner oder eine weitere  
 Rednerin benennen. Nächste Wortmeldung: Herr Kol-  
 lege Wahnschaffe.

**Wahnschaffe (SPD)** Frau Präsidentin, Kolleginnen und  
 Kollegen! Um Waffengleichheit zu haben, möchte ich  
 auch gerne 35 Minuten reden, um ausreichend antwor-  
 ten zu können.

(Maget (SPD): Wir müssen über die Geschäftsord-  
 nung reden!)

Ich kann es leider nur in fünf Minuten.

(Glück (CSU): Ihr bekommt einen weiteren Redner!)

In fünf Minuten wird manches verkürzt überkommen.  
 Nach dem Regierungswechsel in Bonn, Frau Staatsmini-  
 sterin und Herr Kollege Glück, ist die Strategie der CSU  
 – das haben Ihre heutigen Beiträge gezeigt –, deutlich  
 geworden: Sie betreiben fundamentale Opposition um  
 jeden Preis.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Ihnen geht es nicht um die Rentner. Ihnen geht es nur  
 um die Macht.

(Beifall bei der SPD)

Die Bilanz Ihrer Rentenpolitik der letzten 16 Jahre ist  
 eines der traurigsten Kapitel der deutschen Sozialge-  
 schichte.

(Beifall bei der SPD – Dr. Weiß (CSU): Um Gottes  
 Willen!)

Sie haben – all das haben Sie vergessen, Frau Staatsmi-  
 nisterin – den Deutschen die höchsten Rentenbeiträge in  
 der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zuge-  
 mutet. Sie waren es, die Ende 1997 den Offenbarungseid  
 hätten leisten müssen; denn die Rentenbeiträge hät-  
 ten auf über 21 % steigen müssen.

Die SPD hat Ihnen aus der Patsche geholfen. Sie hat  
 sich damals bereit erklärt – auch das haben Sie verges-  
 sen –, im Bundesrat einer Mehrwertsteuererhöhung um  
 1 % zuzustimmen. Wir haben allerdings durchgesetzt,  
 daß diese Mehrwertsteuererhöhung dazu benutzt wird,  
 die Zuschüsse zur Rentenversicherung zu erhöhen, um  
 damit den Beitrag auf 20,3 % stabil zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in den letzten vier Jahren  
 sind die Rentenanpassungen jeweils unter den Lebens-  
 haltungskosten geblieben, und zwar im Jahr 1998 mit  
 einem Tiefstand von 0,4 Punkten in der Rentenanpas-

sung gegenüber 1,3% Anstieg der Lebenshaltungskosten. Die Rentnerinnen und Rentner haben unter Ihrer fürsorglichen Regierung in den letzten Jahren reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. Sie hatten also nicht nur keine Steigerung, sondern reale Einkommensverluste. Das ist die Bilanz Ihrer Regierung. Und Sie spielen sich hier als die Rächer der Enterbten auf.

Dank Ihres sogenannten Rentenreformgesetzes – Gott sei Dank mit der kürzesten Halbwertszeit – hätten Sie den Eckrentner auf ein Renteniveau von 64% heruntergekürzt. Damit hätten Sie ihn in die Nähe des Sozialhilfeniveaus gebracht.

Frau Staatsministerin, wenn Sie schon immer mit der demographischen Formel hantieren, die angeblich wissenschaftlich so gut untermauert sei, dann sollten Sie der Wahrheit zuliebe hinzufügen, daß Sie auch da manipuliert haben. Sie haben manipuliert, indem Sie den Demografiefaktor nur zur Hälfte zur Anwendung gebracht haben. Sonst wären Sie unter 64% gerutscht. Sie haben willkürlich manipuliert und hätten letzten Endes erreicht, daß nur diese 64% übriggeblieben wären. Es hätte keinerlei Absicherung der Rentnerinnen und Rentner gegeben; denn die Bilanz wäre noch viel trauriger gewesen.

Auch von der Erwerbsminderungsrente reden Sie heute nicht mehr. Die hätten Sie um 10% gekürzt, und die EU-Rente, also die Erwerbsunfähigkeitsrente, gar um 15%. Die BU-Rente, also die Berufsunfähigkeitsrente, hätten Sie total gestrichen.

Herr Glück, Sie haben die Sozialverbände zitiert, aber Sie haben sie dort ausgeblendet, wo sie wirklich Bedarf haben. Fragen Sie doch einmal beim VdK an, wie der Beratungsbedarf war, als das von Ihnen in Gang gesetzte Rentenreformgesetz beschlossen wurde, was das für die EU- und die BU-Renten ausgemacht hätte. Es handelt sich hier um die Ärmsten der Armen. Letzten Endes haben Sie diese im Stich gelassen. Sie wollten sie aus dem Rentensystem ausblenden. Aber uns werfen Sie vor, wir belögen die Rentner.

Ich glaube, meine Damen und Herren, mit solchen Bonbons, die wir uns gegenseitig ankleben, werden wir den Rentnern in keiner Weise helfen. Die Rentner müssen die Wahrheit erfahren. Die Wahrheit ist anders, als Sie sie dargestellt haben, Frau Staatsministerin.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihrem damaligen Konzept keinerlei Abfederung für die Schwächeren vorgesehen. Wo ist denn das geblieben, was Sie vor der Wahl gefordert haben? Sie selbst haben immer beklagt, daß die versicherungsfremden Leistungen die Rentenversicherung über Gebühr belasten, in Ihrer Regierungszeit das aber leider nicht geändert. Wir haben es geändert, indem wir eine Beitragsentlastung durchgesetzt haben und jetzt die staatlichen Zuschüsse an die Rentenversicherung deutlich angehoben werden. Damit kann das vermieden werden, was unter Ihrem System in Gang gekommen wäre, nämlich daß die Rentenbeiträge auf weit über 20% gestiegen wären.

In Ihrer Reform war kein Hauch von Strukturreform zu spüren. Alle grundsätzlichen Fragen – wie die der privaten Absicherung oder der eigenständigen Absicherung der Frau – sind Dinge, die Sie alle vor der Wahl gefordert haben. Nichts davon haben Sie auch nur im Ansatz durchgesetzt. Jetzt, wo ein Papier auf dem Tisch liegt, das genau diese Inhalte – allerdings auf eine bessere Weise – verwirklicht, machen Sie auf einmal Totalopposition, indem Sie sagen: Mit uns geht das nicht.

Meine Damen und Herren, wenn wir verantwortungsvoll handeln wollen, dann – das gilt für beide großen Parteien – müssen wir uns an einen Tisch setzen. Das geht aber nicht nach dem Motto: Alles oder nichts. Das haben Sie damals der SPD angekreidet, und jetzt sind Sie es, die sagen: Alles oder nichts.

Das Interesse der Rentner ist darauf gerichtet, eine sichere Rente zu haben. Wir haben ein Modell vorgelegt, über das wir reden wollen. Es ist kein Gesetzentwurf, sondern ein Eckpunktepapier. Wir sind zum Dialog bereit. Aber es darf keine Verschlechterung, sondern es muß eine Verbesserung für die Rentner herauskommen. Bei all dem, was in unserem Papier enthalten ist – einschließlich der Grundsicherung –, sind wir um Längen besser als das alte Blüm-Papier.

(Beifall bei der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Als nächster hat Herr Kobler das Wort.

**Kobler (CSU):** Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin verwundert, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, über die rentenpolitischen Saltos, die Sie in den letzten Wochen gemacht haben. Eigentlich haben wir jahrelang einen breiten Konsens für die leistungsbezogene Rente gehabt. Aber in den letzten Wochen machen Sie einen Abstieg in eine Grundrente, eine Grundversorgung und verlassen die leistungsbezogene, beitragsbezogene Rentenversicherung.

Das Modell, das Sie, Herr Kollege Maget, in groben Zügen vorgetragen haben und zu dem Kollege Wahnschaffe Schützenhilfe zu leisten versucht hat, ist in keiner Weise ein Weg zur Stabilisierung oder Modernisierung des Rentenversicherungssystems, sondern führt eindeutig zum Ruin unserer bewährten, weltweit beneideten leistungsbezogenen Rente.

(Beifall bei der CSU)

Was hat die CDU/CSU in den letzten Jahren in der Rentenkommission und in der Rentenpolitik betrieben? Es wurde versucht, angesichts der fortlaufenden Zunahme des durchschnittlichen Lebensalters Komponenten für eine Dauer von 25 bis 30 Jahren einzubauen. Das ist der sogenannte demographische Faktor. Das war verantwortungsbewußt gegenüber der jüngeren Generation und war sozial ausgewogen.

Zu diesem demographischen Faktor gibt es auch heute noch keinerlei Alternative.

Das Nettoerwerbseinkommen wird dank der SPD-Rentenreform, die Sie jetzt vornehmen, durch die Orientierung am Inflationsausgleich wesentlich stärker sinken, als es bisher von Bundesarbeitsminister Riester angegeben wurde. Es ist schon von den Tricks, den Trickereien und Lumpereien gesprochen worden, die alle mit diesem System verbunden sind und die Sie verhältnismäßig gut verpackt haben.

Sie von der SPD, meine Kolleginnen und Kollegen, haben insbesondere aus wahltaktischen Gründen im letzten Jahr versucht, die notwendigen Maßnahmen zu verschleiern, und so getan, als würden diese Beschlüsse zurückgenommen. Die Anzeigen aus der damaligen Zeit sind noch bestens in Erinnerung, in denen gesagt wurde, man werde alles zurücknehmen, Gerechtigkeit könne gewählt werden. Sie haben gesagt, diese unsoziale Rentenreform würden Sie zurücknehmen, damit die Menschen – ich zitiere – wieder aufrecht gehen können. Das ist natürlich nicht vergessen.

Die Ministerin und Fraktionsvorsitzender Alois Glück haben auf verschiedene Ausführungen hingewiesen, z. B. auf die des Kanzlers Schröder. Dieser hat am politischen Aschermittwoch gesagt – ich zitiere –:

Ich stehe dafür, daß die Renten auch in Zukunft so steigen wie die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer.

Das alles waren fortlaufende Lügereien. Dazu sollten Sie noch einige Worte verlieren.

Wenige Wochen nach Regierungsantritt hat Rot-Grün eine unglaubliche Kehrtwendung vollzogen. Sie haben der Wählerschaft zugemutet, daß die Renten gemäß Ihrem Konzept nicht im Laufe von 25 bis 30 Jahren, sondern innerhalb von zwei bis drei Jahren auf 60 oder 64% gesenkt werden. Das heißt, Sie haben eine Absenkung der Renteneinkommen in zehnfacher Geschwindigkeit beschlossen.

Der Durchschnittsrentner bekommt demnach rund 100 DM weniger. Diese Zahl ist bereits angesprochen worden. Für die durchschnittliche Rentenlaufzeit, die zwischen 16 und 19 Jahren liegt, bedeutet das Einbußen in Höhe von 16 000 bis 20 000 DM. Sie müssen den Menschen sagen, daß sie frühzeitig in die Sozialhilfe geschickt werden. Das wäre die Konsequenz des Riester-Vorschlags. Ich bezeichne diesen Vorschlag als eine fortlaufende Sparorgie. Mit diesem Rentenreformkonzept begeht die SPD einen lupenreinen Wahlbetrug.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Konzept ist der sozialpolitische Betrug dieses Jahrhunderts. Hinzu kommen noch eine ganze Reihe von anderen unangenehmen Maßnahmen. Die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge um 0,8% nützt nichts, wenn dafür eine Öko-Steuer eingeführt wird. Das ist zwar gut gemeint, der Rentner hat davon jedoch nichts.

(Maget (SPD): Es ist gut gemacht!)

Sie belasten die Rentner mit höheren Kosten für Strom, Heizöl und Sprit. Die Rentner zahlen bereits 40 bis 60 DM pro Monat zusätzlich.

(Maget (SPD): Schmarrn!)

Ich bin gespannt, ob es der SPD gelingen wird, die Rentenversicherungsbeiträge bis zum Jahr 2003 um 2,3% zu senken. Frau Staatsministerin Stamm hat soeben das Kindergeld angesprochen. Sie haben das Kindergeld aus der Berechnung herausgenommen. Der neue Bundesarbeitsminister veranstaltet Trickereien am laufenden Band, um einigermaßen geschönte Zahlen zu erhalten. Als neuester Hammer schwebt oder geistert die private Zwangsrente herum. Ich möchte Ihnen zwar hier nichts unterstellen, aber da Sie heute von einer Grundsicherung sprechen, schließe ich nicht aus, daß Sie übermorgen für eine Grundrente eintreten werden. Dabei rückt inzwischen der gesamte Ostblock vom System der Grundrente ab und führt leistungsbezogene Rentensicherungssysteme ein. Sie aber wollen wieder in die Motenkiste greifen.

Eine steuerfinanzierte Grundrente wird es mit uns nicht geben. Ich bitte Sie, sich in Bonn und überall dort, wo Sie das Sagen haben, dafür einzusetzen, daß die Kürzungen in diesem Rotstift-Milieu nicht auf dem Rücken der Leistungsschwächeren und der Rentner ausgetragen werden. Frau Staatsministerin Stamm hat bereits darauf hingewiesen, daß wir dieses Thema zum Gegenstand einer Volksabstimmung machen werden. Alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland sollen hier ein Mitspracherecht haben. Wir lassen uns von Ihnen das bewährte System der leistungsbezogenen Rente nicht ruinieren. Die CSU wird weiterhin der Garant dafür sein, daß die Rente fit und leistungsbezogen bleibt.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Ich erteile Frau Kollegin Steiger das Wort.

**Frau Steiger (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kobler, Sie haben heute von Tricks gesprochen. Frau Staatsministerin Stamm hat heute den Trick angewandt, der SPD den Sparhaushalt vorzuwerfen. Weshalb haben wir eigentlich diesen Sparhaushalt aufgestellt? Der Grund ist die Erblast, welche die CSU der SPD in Bonn hinterlassen hat. Die Staatsverschuldung beläuft sich auf 1,5 Billionen DM.

(Beifall bei der SPD – Glück (CSU): Herr Lafontaine hat den Haushalt um 30 Milliarden aufgebläht!)

Das bedeutet eine Zinsbelastung pro Jahr in Höhe von 84 Milliarden DM. Wo war in den vergangenen 16 Jahren Ihre zukunftsorientierte und verantwortungsvolle Politik im Sinne eines Generationenvertrages und im Sinne von Generationengerechtigkeit? Wo sind Ihre herausragenden Leistungen für Familien und Frauen im Sinne der Partnerschaftlichkeit? Tatsache ist: Immer mehr Kinder, kinderreiche Familien, Rentnerinnen und Alleinerziehende leben in Armut. Sie haben seit 1986 die Einkommensgrenzen beim Kindergeld auf Bundesebene nicht

erhöht. In Bayern verweigern Sie die Hortförderung. Wir haben demgegenüber das Kindergeld erhöht. Sie haben in Bayern die Mittel für das Nachholen des Hauptschulabschlusses gekürzt. Wir haben für das Jump-Programm wieder 2 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Sie haben die 630-DM-Jobs explosionsartig anwachsen lassen und damit die soziale Ungerechtigkeit gefördert.

(Willi Müller (CSU): Sie haben Chaos angerichtet!)

Die CSU hat lediglich davon gesprochen, daß diese Jobs in die Sozialversicherung aufgenommen werden müßten. Wir haben die 630-DM-Jobs in die Sozialversicherung aufgenommen und dafür einen Rentenanspruch geschaffen. Die CSU hat den Kündigungsschutz verschlechtert oder ganz gestrichen. Dies gilt vor allem für Kleinstbetriebe, in denen zum überwiegenden Teil Frauen beschäftigt sind. Wir haben diese Maßnahme zurückgenommen. Sie haben die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gekürzt. Wir haben diese Maßnahme zurückgenommen.

Ich könnte noch viele Beispiele anführen, ganz zu schweigen vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Familie. Herr Kollege Glück ist leider nicht mehr anwesend. Er hat nämlich im Jahre 1997 in einer fulminanten Grundsatzrede die Modernisierung der Altersversorgung für Frauen gefordert. Seit der Einführung der gesetzlichen Rentenversicherung im letzten Jahrhundert hat sich einiges verändert. Statt der früheren Versorgungsehe gibt es heute die Partnerschaftsehe, die von der Berufstätigkeit beider Partner geprägt ist. Dieser Entwicklung ist das Rentensystem jedoch nicht gefolgt. Sie müssen sich fragen lassen, was Sie getan haben, um diesen gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen. Sie pflegen noch heute das alte Leitbild.

Vielleicht sollten Sie einmal das bayerisch-sächsische Zukunftspapier lesen. In diesem Papier feiert das überholte Rollenverständnis fröhliche Urständ. In diesem Papier wurde vorgeschlagen, Frauen sollten sich ehrenamtlich oder auf dem Niedriglohnsektor engagieren. Dies diene ihrer Selbstverwirklichung. Später sollen diese Frauen wohl von der Sozialhilfe leben, oder? Herr Kollege Kobler, dieses Bild entspricht nicht der Wirklichkeit. Es entspricht auch nicht dem Ausbildungsstand und der Lebensplanung von Frauen. Die Rentenreform der Bundesregierung zielt auf eine eigenständige Alterssicherung von Frauen. Das Leitbild dieser Reform ist die partnerschaftliche Arbeitsteilung in Ehe und Familie mit dem Ziel, beide Ehepartner an den in der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften teilhaben zu lassen. Männer und Frauen können bei einer Eheschließung zwischen der Zugewinnngemeinschaft und der Gütertrennung wählen. Dies soll auch für die Rente gelten, damit die unterschiedlichen Biografien ausreichend berücksichtigt werden. Künftig müssen die Ehepartner selbst entscheiden, ob sie ein Partnerschaftsmodell, ein Teilhabemodell oder ein Unterhaltersatzmodell wählen wollen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, eine Grundsicherung ist zwingend erforderlich, damit Frauen nach einem langen Arbeitsleben nicht zum Sozialamt gehen müssen. Nötig sind Veränderungen, die unserer Gesellschaft gerecht werden. Sie sollten diese Veränderungen

unterstützen, statt die Rentnerinnen und Rentner mit Postkartenaktionen oder Briefen ständig zu verunsichern.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Söder.

**Dr. Söder (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann das ganze Thema unter das Motto stellen: Selbsthypnose bei der SPD. Es kann sein, daß diese Selbsttäuschung in der Rentenpolitik bei der SPD funktioniert; bei den Menschen draußen im Land funktioniert sie nicht.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist keine Reform für die Jugend, wie immer wieder gesagt worden ist. Dies ist keine Generationengerechtigkeit, sondern allenfalls ein Generationenskandal. Das Konzept, das Sie anbieten, spaltet die Generationen.

(Maget (SPD): Was?)

An sich soll im Generationenvertrag der Rente ein Ausgleich stattfinden. Sie aber versuchen auch heute, in Ihren Redebeiträgen die Generationen gegeneinander auszuspielen, doch das lassen wir nicht zu.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Sie glauben, Sie könnten die Rentner plündern mit der Begründung, daß Sie dies für die Jugend täten. Das kann nicht funktionieren. Wir alle wissen ganz genau, warum Sie diese Reform jetzt machen. Es geht Ihnen nicht um die Jugend, um die kann es Ihnen gar nicht gehen. Sie haben doch gar keine jungen Leute mehr in Ihrer Partei, die diese Frage voranbringen könnten.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Darum geht es Ihnen nicht! Ihnen geht es letztlich darum, einen unsoliden Haushalt zu konsolidieren. Das ist der Punkt. Das Konzept, das Sie vorlegen, – –

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

– Ich weiß, das tut weh.

(Maget (SPD): Ja, das tut weh! – Glocke des Präsidenten)

Gerade den Kollegen Maget und Wahnschaffe, Sozialpolitiker von echtem Schrot und Korn, muß es weh tun, an so einem Tag ein derart schlechtes Konzept zu verteidigen. Das tut im Mark weh. Deshalb habe ich dafür Verständnis, wenn Sie „Aua“ schreien.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Wir sind uns also einig darin, daß Sie das Ganze nur machen, um den Haushalt zu sanieren.

(Maget (SPD): Wie hätten Sie es gerne?)

Das ist nichts anderes als die Reparationszahlungen der Rentner für einen Lafontaine-Haushalt. Etwas anderes ist das nicht, meine Damen und Herren.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Die jungen Menschen wissen, daß sich die Demographie verändert hat. Wir erwarten ein Konzept, und zwar ein seriöses Konzept, das systemimmanente Reformen vorsieht, und keine Verschiebebahnhöfe über die Ökosteuer.

Das Blümsche Modell war auch nach Auffassung der Jungen in der CSU nur ein erster Schritt, aber einer in die richtige Richtung. Wir waren auch in der CSU der Meinung, daß wir damit noch lange nicht am Ende sind. Wir erwarten eine viel stärkere Einbindung der jungen Generation. Wir diskutieren in der Partei auch weiter das Teilkapitaldeckungsverfahren, die Rentenbank und alles mögliche.

(Maget (SPD): Welches Rentenniveau hätten Sie denn gern?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Maget, eines ist doch ganz klar: Mit der Ausgrenzung der Generationen und mit Polemik allein – denn so haben Sie im letzten Jahr Ihre Skandalchronik in der Rentenpolitik begonnen: Sie haben vor der Wahl das eine erklärt und nach der Wahl etwas anderes – schafft man kein Vertrauen, und das gilt nicht nur für die älteren Menschen.

Glauben Sie eigentlich, daß die Jungen so dumm sind und nicht mitbekommen, was hier stattfindet?

Die Rente ist kein Geschenk, sondern sie ist eine Bilanz des Lebens. Sie beginnen nun, diese Bilanz zu fälschen.

(Zurufe von der SPD)

Auch die jungen Menschen bekommen dies mit; denn sie reden mit ihren Eltern und ihren Großeltern. Meine Damen und Herren, das Vertrauen der jungen Generation in diese Bundesregierung war ohnehin nicht besonders groß, aber jetzt ist es für die Rentenpolitik in jeder Form gänzlich verloren.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Sie haben etwas gemacht, was unverzeihlich ist: Sie haben einen Tabubruch begangen. Wenn eine Regierung einmal anfängt, an eine solch sensible Frage die Hände anzulegen, und versucht, den Leuten tatsächlich etwas wegzunehmen, worauf sie Anspruch haben, was sie erarbeitet haben, dann, Herr Maget, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dann wird Ihnen niemand jemals wieder vertrauen können. Deshalb ist das Vertrauen in der Rentenpolitik dahin.

(Zurufe von der SPD: Oh! Oh!)

Dann werden die Jungen tatsächlich fragen: Wie sieht meine Situation in Zukunft aus? Womit ist zu rechnen, mit steigenden Beiträgen, die durch Ihre Reform nicht gesenkt werden? Welche Leistungen habe ich auf Dauer zu erwarten? Bekomme ich überhaupt noch etwas? Darauf sagt man ihnen dann: Macht private Vorsorge. Dabei sind wir davon überzeugt, daß Sie an die Lebensversicherungen noch stärker als in der Vergangenheit herangehen werden. Aus Sicht der jungen Generation ist das ganz klar.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Wir lassen uns nicht – –

(Maget (SPD): So jemand wird nicht sozialpolitischer Sprecher!)

– Herr Maget, Sie werden nicht mehr lange sozialpolitischer Sprecher bleiben, weil Sie mit so einer Politik den Namen Sozialpolitiker nicht länger verdienen. Das muß auch einmal gesagt werden.

(Unruhe bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, geben Sie diese Selbsttäuschung auf.

(Unruhe bei der SPD)

Kehren Sie zur sozialpolitischen Vernunft zurück, räumen Sie diesen ganzen Vorschlag einfach weg. Gestehen Sie ein: Das war ein Fehler. Sagen Sie sich: Wir fangen noch einmal an. Lassen Sie es nicht zu, daß Sie in die Geschichte eingehen als die ersten Rentenräuber der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Berg. Bitte, Frau Kollegin.

**Frau Berg (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Maget! Mir hat sich nach dem Beitrag von Herrn Kollegen Söder nicht erschlossen, warum Sie gerade auf diesen Beitrag so sehnsüchtig gewartet haben.

(Maget (SPD): Ich war auch enttäuscht! – Heiterkeit bei der SPD)

Ich muß ehrlich sagen – dabei weiß ich gar nicht, ob das den parlamentarischen Gepflogenheiten entspricht –: Dieser Beitrag war schon stark unter dem hier üblichen Niveau, vor allem der eine Satz, in dem Herr Söder – wenn ich das richtig mitbekommen habe – von Reparationsleistungen der Rentner für den Lafontaine-Haushalt gesprochen hat.

(Hofmann (CSU): Sie müssen selbst schauen, daß Sie alles mitbekommen!)

Man muß sich erst einmal trauen, so etwas hier im Bayerischen Landtag zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Glück, Sie haben hier sehr engagiert und echauffiert erklärt, Sie hätten 1998 Mut gehabt. Ich will nicht weiter ausführen, was Sie gesagt haben. Während Ihrer Ausführungen ist mir aber schon die Frage gekommen, wo Ihr Mut in den 16 Jahren geblieben ist. Sie waren doch immer daran beteiligt, als die alte Bundesregierung den Karren an die Wand gefahren hat.

(Glück (CSU): So ein Unsinn!)

Sie waren doch damals dabei.

(Beifall bei der SPD)

Vor kurzem stand in der „Süddeutschen Zeitung“ eine kurze Notiz, so winzig, daß man sie kaum wahrgenommen hat, über einen Forschungsauftrag, der über einen Zeitraum von zehn Jahren durchgeführt wurde, und zwar in Zusammenarbeit der Humboldt-Universität, der Freien Universität Berlin und dem Max-Planck-Institut. In dieser Studie wurde sozusagen wissenschaftlich erforscht, daß unsere alten Menschen überwiegend zufrieden sind. Sie sehen ihre Vergangenheit, wenn sie zurückblicken, überwiegend positiv. Vor allen Dingen blicken sie optimistisch in die Zukunft.

Nach den vielen Veranstaltungen und Gesprächen, die ich zu diesem Thema geführt habe, kann ich folgendes sagen: Es sind nicht die Rentnerinnen und Rentner, die beunruhigt oder besorgt sind. Die Rentner und Rentnerinnen lassen sich auch von Ihnen nicht für dumm verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Es sind die jungen Menschen, die beispielsweise hierher in den Landtag kommen und mit mir diskutieren, die Schülergruppen, die jungen Menschen, die im Begriff sind, sich beruflich zu orientieren, die uns die Frage stellen: Wie sieht es für uns in der Zukunft aus? Wir sollen einzahlen, aber kommen wir überhaupt noch in den Genuß von Auszahlungen? Hier setzt das Riester-Konzept an. Wie gesagt, die alten Menschen wissen, was auf sie zukommt. Es sind die 30- bis 40jährigen, die wissen wollen, wie es für sie in Zukunft weitergeht.

Deshalb hat das Riester-Konzept die Grundsicherung eingeführt. Herr Kollege Kobler, Sie brauchen hier nicht das Schreckgespenst des Ostens mit der Grundrente an die Wand zu malen.

(Kobler (CSU): Damit sind Sie auf dem besten Weg!)

Es steht ganz deutlich darin, daß wir eine Grundsicherung meinen, die von einer privaten Vorsorge begleitet wird, und das Ganze flankiert den Generationenvertrag.

(Kobler (CSU): Unsicherheit und Sozialhilfe, das ist Ihr Weg!)

Sie können nicht erklären, was Sie eigentlich dagegen setzen wollen. Das einzige, was Frau Staatsministerin

Stamm hier ausgeführt hat, war der demographische Faktor.

Diesen Begriff versteht kein Mensch. In manchen Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen von der CSU habe ich den Eindruck gewonnen, daß sie den Begriff nicht einmal selbst verstehen; denn der demographische Faktor ist willkürlich. Sie haben ihn im Jahr – was weiß ich – angesetzt und hochgerechnet. Herr Blüm hat so lange gerechnet, bis die Zahlen herausgekommen sind, die man gebraucht hat. Das können Sie in Kommentaren im Wirtschaftsteil der „Süddeutschen Zeitung“ nachlesen. Der demographische Faktor bedeutet nach wie vor nichts – vor allem nichts Gutes.

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Geisterbahnfahrt. Die Wahl wurde von Ihnen verloren, weil Sie die Karre an die Wand gefahren haben. Nicht einmal heute nehmen Sie die Realität wahr. Als die Lobbyisten gemerkt haben, daß sich im Kohl-System nichts mehr bewegt und nichts mehr funktioniert, weil Probleme nur mehr ausgesessen und mit Geld zugekleistert wurden, haben Sie die Wahl verloren, und wir müssen den von Ihnen in den Dreck gefahrenen Haushalt jetzt sanieren. Daß Sie die verlorene Wahl schmerzt, Frau Ministerin, verstehen wir – –

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Frau Kollegin, ihre Redezeit ist zu Ende.

**Frau Berg (SPD):** Wir bitten um Verständnis dafür, daß uns nun nach dem Kassensturz nichts anderes übrig bleibt, als Ihren Dreck wieder wegzuräumen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Görlitz das Wort.

**Frau Görlitz (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Berg, die Studie, die Sie zitiert haben – von zufriedenen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern war darin die Rede –, mag zutreffend sein. Sie stammt aber mit Sicherheit aus dem letzten Jahr. Das war das 16. Jahr anhaltend guter Politik, in dem unsere Seniorinnen und Senioren noch ein gutes Leben führen konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Ich bin mir sicher, daß eine heute erstellte Studie ein anderes Bild zeigen würde. Wir wissen, daß tiefgreifende Veränderungen der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen tatkräftige Reformen erfordern. Auf uns kommen bedeutende Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung zu. Dank des medizinischen Fortschritts steigt die Lebenserwartung stetig. In rund 30 Jahren wird jede Dritte bzw. jeder Dritte über 60 Jahre alt sein. Den Druck, den diese Entwicklung auf unsere sozialen Sicherungssysteme ausüben wird, werden im Rahmen des

Generationenvertrags sowohl junge als auch alte Menschen zu spüren bekommen.

Die alte Bundesregierung hatte in der vergangenen Legislaturperiode für eine gerechtere Lastenverteilung zwischen den Generationen im Rahmen des Rentenreformgesetzes 1999 gesorgt. Dabei war es ihr gelungen, ein Reformpaket zu schnüren, mit dem wir alle leben konnten. Die Einführung des sogenannten Demografiefaktors hat der Tatsache Rechnung getragen, daß die Lebenserwartung der Menschen – Gott sei Dank – immer höher wird. Dies führt zwangsläufig zu einer längeren Rentenbezugsdauer und damit zu einem höheren Rentenvolumen. Die alte Bundesregierung hat deshalb einen Faktor in die Rentenformel eingeführt, der, je nach Veränderung der Lebenserwartung, entsprechend niedrigere Rentenanpassungen bewirkte. Bis zum Jahr 2030 wäre das Rentenniveau in moderaten Schritten auf etwa 65% gesunken.

(Dr. Weiß (CSU): Das müßte die SPD jetzt eigentlich kapiert haben!)

Aufgrund dieses langen Zeitraums hätten die Bürgerinnen und Bürger ausreichend Zeit gehabt, private Vorsorge zu treffen. Zum demographischen Faktor gab und gibt es keine gerechtere Alternative. Die SPD hat dies seinerzeit aus wahltaktischen Überlegungen gelehnt und war zu einer konstruktiven Mitarbeit nicht bereit. Auch die stärkere Honorierung der Leistungen während der Kindererziehungszeiten, die Anhebung der Bewertungsklausel von 75% auf 100% des Durchschnittsentgeltes haben Sie abgelehnt. Die jetzt von der Bundesregierung beabsichtigte zweijährige Rentenanpassung in den Jahren 2000 und 2001 an die Inflationsrate ist ein Taschenspielertrick, mit dem die Rentnerinnen und Rentner um die ihnen unter Vertrauensschutzgesichtspunkten zustehende und an die Entwicklung der Nettolöhne gekoppelte Rentenerhöhung geprellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Insgesamt wird das Rentenniveau in den beiden Jahren um mindestens 4% auf 66% des letzten Durchschnittsbruttoarbeitsentgelts gesenkt. Was die alte Bundesregierung über einen Zeitraum von 30 Jahren gestreckt hätte, mutet die rot-grüne Bundesregierung den Rentnerinnen und Rentnern in nur zwei Jahren zu.

(Beifall bei der CSU – Kobler (CSU): Weil sie hemmungslos ist!)

Die Bürgerinnen und Bürger haben überhaupt keine Chance, die Lücke durch eigene Vorsorge zu schließen. Um 20 Milliarden DM werden die Rentenkassen in den Jahren 2000 und 2001 mit diesem Trick entlastet. Der Bundesfinanzminister erhält davon zirka 5 Milliarden DM. Für den Durchschnittsrentner mit 2170 DM im Monat bedeutet dies eine Einbuße von rund 100 DM im Monat; das ist bei einer durchschnittlichen Rentenbezugsdauer von 18 Jahren einen Rentenverlust von mehr als 20000 DM. Dem Rentenexperten Prof. Dr. Rürup zufolge summieren sich die Einsparungen zu Lasten der Rentner durch die Fortschreibung des Basiseffekts bis zum Jahr 2030 auf 100 Milliarden DM. Nach eigenen

überschlägigen Berechnungen dürfte sich diese Zahl ohne Zins und Zinseszins verdoppeln.

Gleichzeitig trifft die Rentnerinnen und Rentner die sogenannte Ökosteuer. Auch sie müssen höhere Strom- und Benzinpreise bezahlen. Profitieren tun sie von der Steuer aber nicht einen Pfennig. Die Steuer soll nämlich ausnahmslos dazu verwendet werden, die Rentenversicherungsbeiträge zu senken. Von dem damit verbundenen Anstieg der Nettolöhne haben die Rentner aber nichts, da sich die Rentensteigerung an der Inflationsrate orientieren soll. Die Rentenhöhe nach Kassenlage des Bundes: Das ist rot-grüne Rentenpolitik – eine Rentenpolitik der Beliebigkeit, die wir zutiefst verurteilen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Schultz das Wort.

**Schultz (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in einem sind wir uns einig: Unsere Rentner brauchen Verlässlichkeit bei der Alterssicherung. Sie haben Anspruch auf die volle Solidarität der Gesellschaft und auf eine solide Politik. Sehr geehrte Frau Ministerin, Ihr argumentativer Eiertanz kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade das in der Vergangenheit bei den Rentnerinnen und Rentnern nicht der Fall gewesen ist. Die Zahlen aus den Jahren 1995 und 1998 wurden mehrfach zitiert. Damals betrug die Anpassungen nur 0,5% beziehungsweise 0,44%. Uns geht es vor allem darum, daß die Rentnerinnen und Rentner für ihre Lebensleistung entsprechende Entgelte in Form von Renten erhalten. Frau Ministerin, Sie sagten, Anlaß dafür seien die moderaten Tarifabschlüsse gewesen. Das war eine erstaunliche Erkenntnis. Diese moderaten Tarifabschlüsse hatten ihren Grund aber in miserablen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und in hoher Arbeitslosigkeit. Sie aber haben politisch noch eins draufgesattelt, indem Sie die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten angetastet haben. Hinzu kamen die hohen Beteiligungen an den Arzneikosten und an den sonstigen Aufwendungen für Gesundheit – all dies auf dem Rücken der Rentnerinnen und Rentner.

Eine Anpassung von 1,34% im ersten Jahr einer SPD-geführten Bundesregierung ist für uns ein positiver Ausblick in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Rentenanpassung in den Jahren 2000 und 2001 nicht aus Jux und Tollerei der Inflationsrate anpassen müssen.

Wir haben in der Vergangenheit gesehen, daß sich das gänzlich anders ausgewirkt hat. Diese SPD-geführte Bundesregierung muß den sozialen und finanzpolitischen Scherbenhaufen beseitigen, den die Regierung Kohl und der ehemalige Bundesfinanzminister Waigel nach 16 Jahren hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD – Freiherr von Rotenhan (CSU): Denken Sie sich doch einmal etwas Neues aus!)

Die Staatsschulden sind schon mehrfach genannt worden. Diese betragen 1,5 Billionen DM, was nicht oft genug betont werden kann.

Sie, Frau Ministerin, und die Kolleginnen und Kollegen von der CSU haben das Familienurteil des Bundesverfassungsgerichts provoziert, weil Sie in der Familienpolitik fast zwei Jahrzehnte untätig gewesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der eigentliche Grund dafür, warum wir für zwei Jahre die Rentenanpassung verändern. Wer wegen einer für zwei Jahre geänderten Rentenformel polemisiert, die deshalb geändert wurde, weil sich die Regierung wegen eines allgemeinen solidarischen Schuldenabbaus nicht am Nettolohnniveau orientieren kann, sondern an der Inflationsrate orientieren muß, der sollte vor Millionen von Familien und Jugendlichen treten und erklären, warum diese seit fast eineinhalb Jahrzehnten nicht in den Genuß einer Dynamisierung gekommen sind. Seit 1986 bzw. 1989 fand sowohl beim Landeserziehungsgeld als auch beim Bundeserziehungsgeld keine Anhebung statt. Die betroffenen Menschen sind aber gerade darauf angewiesen, daß sie ihre Familien ernähren können. Sie von der Union haben die Gesellschaft auseinanderdriften lassen. Sie haben die Rentner nicht gut und die Familien miserabel bedient.

(Beifall bei der SPD)

Während Ihrer Regierungsverantwortung zählte weder Lebens- noch Familienleistung, sondern die Orientierung an der Lobby. Statt sich um die vom Bundesverfassungsgericht seit 1990 gerügten Benachteiligungen der Familien zu kümmern, haben Sie Ihre unsoziale Politik zum Beispiel im Gesundheitswesen noch auf die Spitze getrieben. Wer wie Sie die nach 1978 geborenen jungen Menschen rücksichtslos aus der solidarischen Krankenversicherung gestoßen hat, der zeigt seine Auffassung von solidarischer Generationenpolitik. Dazu müssen Sie Stellung nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wenn Solidarität politisch gefordert wird, dann muß sie von Gerechtigkeit bestimmt sein. Daran hat es Ihnen, Kohl und Waigel 16 Jahre lang gefehlt. Sie haben sich vor allem der Lobby und der Pharmaindustrie angedient und jegliches Augenmaß verloren.

Das Konzept der SPD, das von Walter Riester vorgestellt wurde, führt zu einer Rente, die ab dem Jahr 2003 deutlich höher als die Rente liegt, die nach den Vorschlägen von Herrn Blüm zu erwarten gewesen wäre. Das Verhältnis der Eckrente zum aktuellen Nettodurchschnitt liegt im Jahr 2004 schon deutlich über der Rente, die nach dem Vorschlag von Herrn Blüm gezahlt worden wäre, im Jahr 2010 um zwei Prozent. Im Jahr 2020 lägen die Renten nach dem Vorschlag von Herrn Blüm bei etwa 63%, nach dem Riester-Modell werden sie jedoch bei 67% liegen, mit steigender Tendenz. Das zeigt, daß wir Augenmaß bewiesen haben. Nach dem Scherbenhaufen, den wir nach der Kohl-Regierung vorgefunden haben, betrei-

ben wir nun eine Politik in unserem Land, die die Generationengerechtigkeit auf die Tagesordnung setzt. Wir von der SPD stehen für diese Generationengerechtigkeit, wir sind aber auch bereit, um der Gerechtigkeit willen unpopuläre Fragen zur Diskussion zu stellen. Deshalb haben wir heute diese Aktuelle Stunde beantragt.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Als letzter Redner hat Herr Kollege Unterländer das Wort.

**Unterländer (CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schultz, Ihre Argumentation zieht einem Sozialpolitiker die Schuhe aus. Meine Damen und Herren von der SPD, ich kann nicht begreifen, daß Sie in dieser Art und Weise mit Zahlen jonglieren. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, daß den Rentnern durch das Abweichen von der nettolohnbezogenen Rentenanpassung im Monat 110 DM in der Tasche fehlen. Schauen Sie sich doch die Lebensbilder der kleinen Rentnerinnen und Rentner an, denen es finanziell nicht gut geht.

(Maget (SPD): Bekommen diese Rentner mehr oder weniger?)

Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, daß es keine Rentenerhöhungen gibt und Sie eine zutiefst unsoziale Politik betreiben.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Das geht zu weit!)

Rentenpolitik bedeutet Solidarität. Rentenpolitik darf aber nicht auf der Basis der Eckpunkte der rot-grünen Bundesregierung erfolgen. Diese Rentenpolitik ist zutiefst unsolidarisch.

Sowohl Rentner als auch junge Menschen brauchen Perspektiven. Das ist das Kernmodell des Generationenvertrags. Betrachten Sie doch einmal die Umfrageergebnisse in bezug auf das Vertrauen der jungen Generation in das Rentensystem. Auffällig ist, daß gerade durch die Diskussion der letzten Monate, die Sie von der SPD vom Zaun gebrochen haben, eine Verschlechterung des Klimas eingetreten ist. Sie aber behaupten, Ihre Maßnahmen seien ein Schritt, um der jungen Generation eine Perspektive in der Rentenpolitik zu eröffnen. Das ist absolut falsch.

(Wahnschaffe (SPD): Wo sind Ihre Alternativen für die jungen Menschen?)

– Wir haben ein Konzept vorgelegt, das mit Sicherheit in den nächsten Jahrzehnten dafür gesorgt hätte, daß die Renten stabil bleiben. Dazu hätte auch unsere vernünftige Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik beigetragen.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie begreifen die Neuregelung über die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse als Bestandteil der Rentenreform.

(Maget (SPD): In der Beziehung waren wir uns doch einig!)

Schauen Sie sich doch die Zahlen an. Mehr als 100 000 Menschen sind aus den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen geradezu geflüchtet, weil es die alten Regelungen nicht mehr gibt. Sie von der SPD haben dazu beigetragen, daß Arbeitsplätze abgebaut werden. Das ist rentenpolitisch kontraproduktiv.

(Frau Steiger (SPD): Was ist das? – Maget (SPD): So ein Quatsch!)

Alle Vorschläge, die Sie in den vergangenen Monaten gemacht haben, gleichen dem Angebot eines rentenpolitischen und sozialpolitischen Gemischtwarenladens. Sozialpolitiker aus Ihrem Lager haben mindestens sieben oder acht unterschiedliche Vorschläge gemacht bzw. Überlegungen angestellt. Wir können letztendlich froh sein, wenn diese Regelung, die Sie als Übergangsregelung bezeichnen, nicht mehr gilt. Wenn man Ihren Vorschlägen Glauben schenken darf, dann wird die endgültige Rentenreform zu einem leistungsfeindlichen Grundrentenmodell führen. Das sollten wir aber entschieden bekämpfen, wenn wir uns zur Solidarität der Generationen bekennen. Das gegenwärtige Rentensystem sollte in seinen Grundzügen erhalten werden, wengleich es auch weiterzuentwickeln ist. Die Maßnahmen der Bundesregierung tragen aber dazu bei, daß insbesondere die sozial Schwachen benachteiligt werden.

Betrachten Sie doch einmal die Auswirkungen der Ökosteuer auf die Rentnerinnen und Rentner. Eine solche Maßnahme trifft vor allem diejenigen, die Sie als Ihre Klientel betrachten. Sie haben diese Menschen abgestraft und abgewatscht, und das ist zutiefst unsozial.

(Beifall bei der CSU)

Ihr Plan, eine Zwangshaftpflichtversicherung einzuführen, zeigt, daß Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben.

(Maget (SPD): Wollen wir das? – Wahnschaffe (SPD): Sagen Sie, was Sie wollen!)

– Wir wollen ein System, das auf drei Säulen beruht, nämlich der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen Altersversorgung und der Vermögensbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Ihr Plan ist nicht der Weg –

(Signal des Präsidenten)

ich komme zum Ende, Herr Präsident –, wie wir die Renten in Zukunft sichern können. Sie haben mit diesem Weg den Konsens verlassen. Sie haben die Solidarität und das Vertrauen in ein grundlegendes gesellschaftliches Sicherungssystem erschüttert und damit zutiefst negative Einschnitte in die sozialpolitische Landschaft zu Lasten der Ärmsten und Schwächsten getrieben. Das kann man nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

### Tagesordnungspunkt 13 a

#### Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulweges (Drucksache 14/1361)**

– Erste Lesung –

### Tagesordnungspunkt 13 b

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Köhler Elisabeth, Münzel, Dr. Dürr und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Weiterentwicklung des Bayerischen Schulsystems; Qualität steigern – Selbstverwaltung stärken – Demokratie leben) (Drucksache 14/1386)**

– Erste Lesung –

Die Gesetzentwürfe werden begründet. Zur Begründung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung erteile ich der Frau Staatsministerin für Unterricht und Kultus das Wort. Bitte schön.

**Frau Staatsministerin Hohlmeier (Kultusministerium):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verfassung und Gesetz sind die Grundlage des freiheitlichen Staates und einer funktionierenden Demokratie. Sie stellen auch unser Schulwesen auf ein verbindliches rechtsstaatliches Fundament. Artikel 132 der Bayerischen Verfassung besagt unter anderem, daß für den Aufbau des Schulwesens die „Mannigfaltigkeit der Lebensberufe“ maßgebend ist. Das bewährte mehrgliedrige Schulwesen in Bayern trägt der Vielfalt an Berufen und der Vielfalt an Begabungen Rechnung. Die Einheitschule tut dies nicht. Wir lehnen sie daher auch entschieden ab.

Die Mannigfaltigkeit der Berufe hat sich in den vergangenen 50 Jahren erheblich geändert. Gerade heute erleben wir einen tiefgreifenden Wandel in der Arbeitswelt. Alte Berufe verschwinden, neue entstehen. Darauf müssen sich auch unsere Schulen einstellen. Unverändert ist hingegen die Vielfalt der Anlagen und Neigungen unserer Kinder, die sich nur dann entfalten können, wenn sie adäquat gefördert werden. Die Maßnahmen der Staatsregierung zur Weiterentwicklung der Schulen in Bayern haben das Ziel, die Schulen so zu entwickeln, daß sie zeitgemäß und zukunftsfähig sind, daß sie spürbar, aber maßvoll auf Veränderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt reagieren und jedem Kind den für es richtigen Weg ermöglichen.

Wesentliche Inhalte des heute vorgelegten Gesetzentwurfs sind die Überführung des Schulversuchs „sechstufige Realschule“ in die Regelform, die Stärkung der Hauptschule durch den Ausbau der Möglichkeit eines mittleren Schulabschlusses, die Behandlung des Schulversuchs „Zweijährige Berufsfachschule für Wirtschaft“ sowie die Einführung von Praxisklassen an den Hauptschulen. Enthalten sind auch Regelungen zur frühzeitigen Einschulung schulfähiger Kinder, zu Mittlere-Reife-Klassen an Förderschulen, zu regionalen Berufsschulverbänden sowie zu Gastschulverhältnissen und zur Schulpflicht an Berufsschulen bei Ableistung eines Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahres, zu Schulwegkostenfragen bei Berufsfachschulen in Teilzeitform, zur Einführung der zweistufigen Wirtschaftsschule, zum Erwerb der Fachhochschulreife an Fachakademien und Fachschulen, zum mittleren Schulabschluß über die Vorstufe der Berufsoberschule sowie zum Erwerb der Kenntnisse in der zweiten Fremdsprache in dieser Schulart, zur Schulaufsicht über die Landesschulen, zur Aufsicht über die Ausbildungsstätten zur Ausbildung landwirtschaftlich-technischer Assistenten, zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in kommunale Schulen und Auflösung solcher Schulen und schließlich zur Berechnung staatlicher Zuschüsse an Ersatzschulen, Realschulen, Gymnasien und Schulen des zweiten Bildungswegs. Die Aufsicht über die Mittagsbetreuung wird nunmehr ebenfalls einer rechtlichen Regelung zugeführt.

Demokratie lebt nicht vom Kampf, sondern vom Dialog. Die Schule darf nicht zum Austragungsort für Schaukämpfe von Parteien oder Verbänden werden.

(Beifall bei der CSU)

Die Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Schulen in Bayern beruhen auf den aktuellen Ergebnissen der Wissenschaft und sind das Resultat einer mehrjährigen Entwicklungsphase, an der eine Vielzahl von Fachleuten beteiligt war. Der vorliegende Gesetzentwurf wurde den Ministerien und den betroffenen Verbänden, Körperschaften sowie sonstigen Organisationen zur Anhörung zugeleitet. Die gegebenen Anregungen wurden sorgfältig geprüft und gegebenenfalls in den Gesetzentwurf eingearbeitet. In den Monaten davor ist mit vielen Verbänden und Organisationen über den Gesetzentwurf diskutiert worden. Entsprechende Anregungen sind schon frühzeitig aufgenommen worden.

Ich danke allen, die sich mit Sachargumenten am Dialog beteiligt und konstruktive Vorschläge gemacht haben. Mein besonderer Dank gilt denjenigen Abgeordneten dieses Hohen Hauses, die sich im Landtag und in ihren Wahlkreisen mit besonderem Engagement für eine Verbesserung unserer Schulen einsetzen.

Bildung braucht Ideen, aber sie kostet auch Geld. Das anerkannt hohe Niveau der Bildung in Bayern wurde und wird durch erhebliche finanzielle Anstrengungen erreicht und erhalten: Bayern wird für schulische Bildung im Jahr 2000 erstmals mehr als 10 Milliarden DM ausgeben. Bis zum Schuljahr 2002/2003 werden wir insgesamt 2500 Junglehrer zusätzlich einstellen. Die heutige Bekanntheit sowohl der Einstellungsnoten als auch der Einstel-

lungssituation verdeutlicht die Anstrengungen des Freistaats Bayern. Wir können über 3800 jungen Lehrkräften eine Anstellungsmöglichkeit bieten.

(Beifall bei der CSU)

Die aktuellen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Schulen in Bayern streben eine Stärkung des gegliederten Schulwesens, eine Profilierung der einzelnen Schularten, eine Verbesserung der Unterrichtsqualität sowie optimierte Bildungschancen für die Kinder und Jugendlichen an. Jedes Kind soll sich künftig noch besser gemäß seinen Anlagen, seinen Neigungen und seiner Leistungsfähigkeit entfalten können. Bisher standen den Kindern ab der vierten Jahrgangsstufe zwei Wege offen, Hauptschule oder Gymnasium. Künftig können sie zwischen drei Wegen wählen. Jeder Weg ist anders, und keiner ist per se besser als der andere, aber jeder bleibt offen für Richtungsänderungen. Die Durchlässigkeit und die Vielfalt der Entwicklungs- und Qualifikationsmöglichkeiten schulischer und beruflicher Art werden größer sein als je zuvor. Alle Schülerinnen und Schüler haben vielfältige Übertrittsmöglichkeiten auch in den Klassen 5 und 6, selbst wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird. Spätentwickler haben viele Chancen in Bayern und nicht wenige. Sie haben sie nicht nur in den Klassen 5 und 6, sondern auch nach den Klassen 9 und 10 über das berufliche Schulwesen und über mannigfaltige Möglichkeiten.

Während die Realschule ohne den Umweg übers Gymnasium zielgerichtet auf den Mittleren Schulabschluß vorbereitet, bietet die Hauptschule ein vielfältiges Entwicklungsangebot. Neben den „Quali“, die freiwillige 10. Klasse und den Übertritt in die Wirtschaftsschule treten nun M-Klassen und M-Kurse ab den Jahrgangsstufen 7, 8 und 9. Damit wird die Hauptschule endgültig zur berufs- und praxisorientierten Angebotsschule. Andere mögen die Hauptschule totreden, wir machen sie zur Hauptsache. Sie ist uns wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Durch die Einführung einer derzeit diskutierten Aufbaustufe mit einem Regelübertritt nach der 4. und 6. Klasse an Realschule und Gymnasium ohne jegliche Notengrenze wird die Hauptschule zerstört. Alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen, scheint das Ziel zu sein, denn es handelt sich bei der Aufbaustufe um nichts anderes als die Orientierungsstufe, einen Kalauer aus den siebziger Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Wörner (SPD): Sie hat sich bewährt!)

Die GRÜNEN sind in ihrem Gesetzentwurf wenigstens ehrlich und nennen sie auch Orientierungsstufe. Sie erfinden keinen neuen Namen, und dafür gebührt ihnen auch mein Respekt.

Ich stelle mir die Frage, ob die internationale TIMS-Studie schon so schnell in Vergessenheit geraten ist. Länder mit Orientierungsstufen und Gesamtschulen mußten einräumen, daß ihre Schülerinnen und Schüler im Wissensstand um bis zu zwei Jahre hinter bayerischen

Schülerinnen und Schülern herhinken, und das nicht deshalb, weil die Schüler in diesen Ländern weniger begabt wären, sondern weil sie schlichtweg das falsche Bildungswesen haben.

Diese Aufbaustufe oder Orientierungsstufe ist aus mehreren Gründen abzulehnen: Erstens. Sie ist pädagogisch unsinnig, da sie Begabungen eher verschleiert als fördert. Zweitens. Sie schwächt die Profile aller Schularten, besonders das der Hauptschule. In einer Hauptschule, die nur noch aus drei Jahrgangsstufen besteht, ist eine Profilbildung nicht mehr möglich. Folge: Die Hauptschule verliert an Gewicht. Drittens. Mit der Einführung einer Aufbaustufe oder Orientierungsstufe wäre das Ende vieler Teilhauptschulen und kleinerer Hauptschulen programmiert, die mangels Schülerzahlen die Aufbaustufe nicht anbieten können.

Sie behaupten, genau das Gegenteil tun zu wollen. Für viele Schülerinnen und Schüler würde dies bedeuten, daß sie sich von der wohnortnahen Schule verabschieden müßten. Einzügige Hauptschulen und Teilhauptschulen sind dann nicht mehr zu halten. Wir wollen sie aber halten.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Konzept ist pädagogisch längst überholt, es verursacht unnötige Kosten und untergräbt das bewährte gegliederte Schulwesen. Spätentwickler sowie Jugendliche, die aufgrund der Lernarten an Haupt- und Realschulen die Fähigkeit entwickeln, bis zur Hochschulreife zu gelangen, erhalten nach der Schulreform noch bessere Möglichkeiten als bisher.

Wir wollen die Kinder und Jugendlichen fördern. Die Grundstruktur unseres gegliederten Bildungswesens hat sich bewährt. Mit der neuen Schulreform erreichen wir entgegen falschen Behauptungen sogar eine verbesserte Durchlässigkeit zwischen den Schularten. Vor allem aber machen wir den Weg frei für einen Aufstieg innerhalb der gewählten Schulart. Keine Schülerin und kein Schüler brauchen jemals Angst zu haben, daß es für ihn oder für sie einmal zu spät sein könnte.

Eines möchte ich dabei jedoch betonen. Wir sollten in der gesamten Debatte über die Schule die Fülle der beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten nicht gänzlich außer acht lassen.

(Beifall bei der CSU)

Sie führen zu guten, einkommensicheren Arbeitsplätzen und auch zu unternehmerischer Selbständigkeit. Dies wird immer generell unterschlagen. Es wird fast immer behauptet, wer das Gymnasium in der vierten Klasse der Grundschule nicht erreicht, hat am Schluß überhaupt keine Chancen mehr. Es gibt mannigfache Chancen, und zwar nicht nur auf dem schulischen, sondern auch auf dem beruflichen Weg.

Uns darf es bei den Reformen nicht um einseitige Verbandsinteressen gehen. Wir dürfen nicht versuchen, die Schularten gegeneinander auszuspielen. Bei den Überlegungen der Staatsregierung stehen die Entwicklung

der Schule als Ganzes und vor allem die Entwicklungen unserer Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Zur Begründung des Gesetzentwurfes der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erhält Frau Kollegin Münzel das Wort. Sie ergreift auch gleich noch das Wort zur Aussprache. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung stellt für die nächsten acht Jahre zirka 400 Millionen Mark zur Verfügung, um die sechsstufige Realschule einzuführen. Dieses Geld ist nach unserer festen Überzeugung falsch investiert. In unserem Gesetzentwurf zeigen wir GRÜNE auf, wie diese Millionen viel wirkungsvoller für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen eingesetzt werden könnten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist sicherlich unbestritten, daß die Schule Qualität braucht. Nicht zuletzt die mittelmäßigen Ergebnisse vor allem in den Mathematiktests der internationalen TIMS-Studie haben die Frage nach der Qualität von Unterricht und Schule aufgeworfen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle zwei Sätze zur internationalen TIMS-Studie sagen. Frau Staatsministerin, TIMSS hat auch festgestellt, daß die nicht unerheblichen Leistungsunterschiede gerade nicht auf die unterschiedlichen Schulstrukturen zurückzuführen sind, sondern daß sie sehr viel mehr mit der Qualität von Unterricht und Schule zu tun haben. Noch ein Wort zu den beiden Ländern und den Leistungsvergleichen, bei denen Sie sagen, daß dazwischen eineinhalb Jahre Zeitunterschied liegen würden. Es handelt sich wohl um die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen, auf die Sie sich beziehen. Auch schon vor TIMSS und vor der Einführung der Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen hat es Leistungsvergleiche zwischen den beiden Ländern gegeben. Schon bevor die Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen eingeführt wurde, gab es zwischen diesen beiden Ländern erhebliche Leistungsunterschiede. Das hat mit der Gesamtschule überhaupt nichts zu tun. Außerdem beträgt der Anteil der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen nur 10%. Wir können zwar darüber diskutieren, wodurch diese Unterschiede begründet sind. Sie haben aber nichts mit den Schulstrukturen zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind der festen Überzeugung, daß die Änderung der Schulstrukturen durch die Einführung der sechsstufigen Realschule nicht zur Qualitätssteigerung an den bayerischen Schulen führen wird. Auch per Erlaß wird es keine Qualitätssteigerung geben, denn jede Schule ist anders, in einem anderen sozialen Umfeld angesiedelt und mit anderen Problemen konfrontiert. Deshalb muß Qualität

mit allen Beteiligten vor Ort entwickelt werden. Da Lebensstile, familiäre Strukturen und Arbeitsverhältnisse einem ständigen Wandel unterworfen sind und neue Technologien und neue Medien sowie ein rasanter Anstieg des Wissens die Berufs- und Lebenswelt prägen, müssen die Schulen vor Ort flexibel und rasch reagieren können.

Alle an der Schule Beteiligten müssen sich die Frage stellen, welche Schwächen und welche Stärken die Schule hat, wie die Arbeit der Schule verbessert werden kann, welche Ziele sich die Schule selber steckt und auf welchem Weg sie diese Ziele erreichen will. Selbstverwaltete Schulen sind lernende Organisationen, sie können schnell reagieren und arbeiten ständig an der Verbesserung der Qualität des Unterrichts. Sie sind somit auch als Organisation Vorbild für die Schülerinnen und Schüler, die in Zukunft sehr viel stärker als bisher Verantwortung für ihren eigenen lebenslangen Bildungsprozeß übernehmen müssen. So wie sich die Schule als Ganzes ständig weiterentwickelt, müssen auch die Jugendlichen ein Leben lang lernen. Das Wort vom lebenslangen Lernen darf keine Phrase bleiben, es muß mit Leben erfüllt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rein verbal sagen Sie eigentlich auch, daß Sie eine solche Schule wollen. Wenn Sie aber eine Schule wollen, die ständig an ihrer eigenen Qualität arbeitet, reichen Appelle und Erlasse nicht aus. Die Schulen brauchen dann die Verfügungsgewalt über die finanziellen und personellen Mittel.

Zentrales Anliegen unseres Gesetzentwurfes ist es daher, die schulische Selbstverwaltung in einem demokratischen Prozeß zu gestalten. Wir schlagen daher vor, den Schulen anzubieten, daß sie sich selbst auf den Weg machen. Dieses System wird niemand aufgezwungen. Wer sich dafür entscheidet, muß bestimmte Bedingungen erfüllen, die zunächst sicherlich ungewohnt sind. Dafür bekommen die Schulen aber auch weitreichende Rechte und zusätzliche finanzielle Mittel. Schulen, die sich für den Weg der Selbstverwaltung und der permanenten Qualitätsverbesserung entscheiden und dazu auch einen Antrag beim Ministerium stellen, erhalten die Möglichkeit, ihre Angelegenheiten weitgehend selbständig zu regeln. Sie erhalten zusätzliche finanzielle Mittel; sie erhalten 110% der Mittel, die zum Zeitpunkt der Antragstellung für die anfallenden Ausgaben notwendig gewesen wären.

Frau Staatsministerin Hohlmeier überlegt zur Zeit, wie die besonderen Leistungen der einzelnen Lehrkräfte an den Grund- und Hauptschulen besser honoriert werden können. Dagegen ist nichts zu sagen. In Zukunft werden aber die Schule als Ganzes und das Lehrerinnen- und Lehrerkollegium als Team an Bedeutung gewinnen. Mit unserem Ansatz honorieren wir das besondere Engagement der Schule als Ganzes und fördern das Team. Die dafür benötigten zusätzlichen Mittel werden zunächst aus dem Topf genommen, den die Staatsregierung für den Ausbau des sechsstufigen Realschule vorgesehen hat. Mit diesen Mitteln können die Schulen sehr schnell auf die eigenen Bedürfnisse reagieren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Schule ein zusätzliches Betreuungsangebot braucht, kann dieses finanziert werden. Wenn sie eine zusätzliche Lehrerin oder einen zusätzlichen Lehrer braucht, weil andernfalls wegen Krankheit oder wegen Fortbildungsveranstaltungen Unterricht ausfallen würde, können diese Kräfte damit bezahlt werden. Ist eine Schule der Ansicht, daß dem Französischunterricht in der achten Klasse eine Lehrerin mit Französisch als Muttersprache gut tun würde, kann auch ein Leistungskurs mit einer solchen Lehrerin eingerichtet werden. Wenn die Schule meint, daß ein Projekt finanzielle Mittel gut brauchen könnte, wird das Geld dafür hergenommen. Damit kommen diese Mittel auch allen Schularten gleichmäßig zugute. Denn alle Schulen aller Schularten erhalten die Möglichkeit, sich auf den Weg zu einer Schulreform von unten zu machen.

Betrachtet man dagegen den Gesetzentwurf der Staatsregierung, fallen sofort zwei Zahlen ins Auge. Als Kosten des Staates für die Realschule werden 377,2 Millionen DM und als Kosten des Staates für die Hauptschule 82,5 Millionen DM angegeben. Nur so viel zur Aufwertung der Hauptschule, die die Frau Ministerin zur Hauptaufgabe machen möchte.

Kolleginnen und Kollegen, Schulen, die ihre eigenen Angelegenheiten regeln wollen, müssen dies in einem demokratischen Prozeß tun. Dies hat mehrere Gründe. Reformen müssen von einer breiten Mehrheit in der Schule akzeptiert werden. Man muß die Betroffenen zu Beteiligten machen, nur dann kann eine Reform wirksam umgesetzt werden.

Die Betroffenen wissen in der Regel selbst am besten, wo der Schuh drückt, wo Innovationen möglich sind, wo die Qualität am effektivsten verbessert werden kann. Zum anderen kann demokratisches Verhalten nicht aus dem Schulbuch gelernt werden. Demokratie muß für die Schülerinnen und Schüler direkt erlebbar sein. Wenn Erziehung zur Demokratie gelingen will, muß die Schule ein Abbild dessen sein, wozu sie erzieht.

Kolleginnen und Kollegen, wie bereits gesagt: Internationale Tests wie die TIMS-Studie und der Sozialbericht der Bayerischen Staatsregierung haben gezeigt, daß das bayerische Schulsystem nicht Spitze, sondern lediglich Mittelmaß ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es fördert nicht die sogenannte Spitze, was unter anderem die schlechten Ergebnisse des bayerischen Mathematiktests an den Gymnasien beweisen, und es fördert auch nicht die Kinder und Jugendlichen mit Lernschwächen, was die skandalös hohe Anzahl von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß – in manchen Gebieten Bayerns sind es bis zu 18% – zeigt. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

Anstatt die Chance für innovative Reformen zu nutzen, heißt die Lösung der Staatsregierung: Wir verschärfen

das System, das bisher schon nicht die gewünschten Ergebnisse hervorgebracht hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht kreativ, und das ist nicht zukunftsfähig. Die Staatsregierung führt also die sechsstufige Realschule ein und verstärkt somit den Auslesedruck auf die Grundschülerinnen und Grundschüler. Woher Frau Ministerin Hohlmeier die Überzeugung nimmt, die Durchlässigkeit des Schulsystems sei gestiegen, ist mir ein Rätsel. Ich nenne nur ein Beispiel: Die Kinder können nach der 5. Klasse der Hauptschule in die 5. Klasse der Realschule oder des Gymnasiums übertreten. Es war aber schon zu meiner Schulzeit so, daß man übertreten konnte, wenn man an der Realschule oder am Gymnasium dann die 5. Klasse wiederholte. Wo ist da der Neuigkeitswert? Alle anderen Übertrittsmöglichkeiten setzen das Bestehen einer Aufnahmeprüfung, das Durchlaufen einer Probezeit oder das Erreichen eines verschärften Notendurchschnitts von 2,0 voraus. Inwiefern ist angesichts dessen eine verbesserte Durchlässigkeit gegeben?

Es hat sich so gut wie nichts geändert. Deshalb wird der Auslesedruck nicht abnehmen, sondern zunehmen, zumal auch noch die Entscheidung über die Realschule ansteht. Das ist für die Grundschülerinnen und Grundschüler fatal. Ich nehme den Satz des Würzburger Pädagogen Dr. Engelhardt sehr ernst, der sagte: „Wir produzieren durch den Auslesedruck in der Grundschule am laufenden Band Schulversager.“ Es ist doch einleuchtend: Wenn die Grundschule überwiegend eine Auslesefunktion wahrnehmen muß, haben Leistungsschwächere keine Chancen. Dr. Engelhardt fordert vor diesem Hintergrund, Kindern Erfolgserlebnisse zu ermöglichen, statt sie permanent unter Druck zu setzen.

Der Schulversuch hat des weiteren gezeigt, daß die sechsstufige Realschule keinen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leistet. Die Frau Ministerin hat hier auf die wissenschaftliche Begleitung hingewiesen. Sie hat aber nicht zur Kenntnis genommen oder will nicht zur Kenntnis nehmen, daß Kinder mit einem bestimmten sozialen Hintergrund, die in der vierstufigen Realschule vertreten waren, in der sechsstufigen Realschule dann nicht mehr vertreten waren. Kolleginnen und Kollegen, Bildungsgerechtigkeit ist für uns immer noch ein hohes Gut, das wir nicht aufgeben wollen. Weil wir die Kinder nicht ständig unter Druck setzen wollen, weil wir ihre Lernmotivation, Leistungsfreude und Leistungsbereitschaft fördern und erhalten wollen, lehnen wir die sechsstufige Realschule ab.

Herr Präsident, wieviel Zeit habe ich noch?

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Drei Minuten.

**Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Drei Minuten, gut. – Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zur Finanzierung der sechsstufigen Realschule sagen. Der Bayerische Landkreistag hat in seinen Mitteilungen vom Juni/Juli 1999 seine Kritik an der Finanzierung wiederholt. Während im Februar 1999 noch von 78 Millionen DM für die Kommunen die Rede war, ist im Mai 1999

bereits von 85,4 Millionen DM die Rede. Die gleiche Verwirrung gibt es auch bei den Kosten für die Reform der Hauptschule. Während im März 1999 noch 117,5 Millionen DM veranschlagt wurden, waren es im Mai gerade noch 82,5 Millionen DM. Die Staatsregierung stochert bei der Finanzierung im Nebel herum. Ich sage: Das ist eine äußerst unseriöse Politik, die hier gemacht wird. Ich befürchte, daß wir uns noch auf böse Überraschungen gefaßt machen müssen. Meine Kollegin Emma Kellner hat, was die Kommunen anbelangt, eine entsprechende Mündliche Anfrage gestellt. Auf die Antwort morgen sind wir mehr als gespannt.

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, der Gesetzentwurf der Staatsregierung ist Ausdruck einer rückwärtsgewandten Bildungspolitik, die ihr Heil in den Rezepten von gestern sucht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie greift in die bildungspolitische Mottenkiste, da sie glaubt, mit schärferer Auslese könnte die Qualität von Unterricht und Schule verbessert werden. Dies wird sich als Irrweg erweisen. Investieren wir die 400 Millionen DM lieber sinnvoller. Geben wir damit den Schulen die finanziellen Mittel an die Hand, die sie brauchen, um ihre Qualität selbst ständig und selbstständig zu steigern. Damit ist allen Schülerinnen und Schülern aller Schularten gedient.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Irlinger das Wort.

**Irlinger (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nachdem in der letzten Debatte klar wurde, daß die R 6 ein Schwarzbau wird, weil ihr die gesetzliche Grundlage fehlt, versuchen Sie heute, Ihrem Schulgebäude gewissermaßen einen Grauschleier zu schaffen, indem Sie noch vor dem neuen Schuljahr den Gesetzentwurf zur Ersten Lesung vorgelegt haben. Die Begleitmusik dazu spielt nach der Melodie: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. Anfang des Jahres haben Sie gesagt, der Versuch sei eingestellt. Letzten Monat haben Sie gesagt, die ganze Reform laufe als Versuch weiter. Jetzt sagen Sie, es bleibe bei der fixen Umsetzung. Das ist Ihr Verfahren. Ich könnte es so umschreiben: Sie machen heute wohl den Versuch, einen Gesetzentwurf einzubringen.

Die Vorlage sieht die Festschreibung eines schulpolitischen Weges vor, der in eine völlig falsche Richtung geht: noch mehr Leistungs- und Auslesedruck, frühes Aussortieren der Kinder, kaum Chancen für Spätentwickler. Die wohnortnahe Schule wird gefährdet. Die Ressourcen werden unnötigerweise in falsche Maßnahmen gesteckt. Sie legen fest: Künftig wird über die Schullaufbahn von neun- und zehnjährigen Kindern in der 4. Klasse entschieden. Es ist ja schön, wenn man Weltmeister ist. In diesem Falle ist es aber traurig: Wir sind Weltmeister in der frühen Auslese.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In fast allen international vergleichbaren Ländern weiß man doch genau, warum man die jüngeren Schüler viel länger zusammensein läßt. Dann gibt es mehr Zeit für die Begabungsentwicklung und eine sicherere Laufbahnprognose. Die Grundschule hat dann den Charakter einer prägenden Schule. Sie aber lassen die Grundschule bei diesem Weg, den Sie jetzt gehen, zum selektiven Apparat werden. Zwei bis drei Jahre nach dem Kindergarten werden Kinder auf die Noten in Deutsch und Mathematik eingeeengt. Sie erleben unpädagogischen Druck und Prüfungsdrill aufgrund der bevorstehenden Übertrittsentscheidungen. Der soziale Verteilungskampf wird auf Kinder im Alter von sieben, acht und neun Jahren vorverlegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit diesem Druck ist Angst verbunden. Aus Angst wird Versagen. Oft ist ein Rückzug in krankheitsanfälliges Verhalten feststellbar. Das bedeutet aber Vergeudung von Talenten und Begabungen und letztlich auch eine Minderung der Lern- und Leistungsbilanz. Die Kinder profitieren nicht von Ihrem Schulsystem. Profitieren werden die Nachhilfestudios draußen, die sich längst auf den besonderen Markt mit Grundschulern eingestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie sorgen dafür, daß Nachhilfe zur vierten oder fünften Bildungssäule wird. Bildungserfolg wird damit aber zur Sache des Geldbeutels der Eltern. Diese Entwicklung können und dürfen wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie gehen den Weg in Richtung einer Ausleseschule. Wir aber wollen die Grundschule als Kinderschule gestalten. Ich muß in diesem Zusammenhang eines sagen, Frau Ministerin. Bei den zahlreichen Veranstaltungen, die ich besuche, sagen mir viele Leute immer wieder, daß Sie, Frau Ministerin, sich bei Ihren eigenen Kindern für eine Schule ohne Sitzenbleiben, ohne Notendruck, ohne Auslese, praktisch für eine Gesamtschule entschieden haben, nämlich die Waldorfschule. Die Menschen fragen sich und auch mich, warum Sie, Frau Ministerin, für die Hunderttausende von Kindern, für die Sie politisch Verantwortung tragen, genau das Gegenteil festschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir erleben die Festschreibung eines starren Systems mit wenig Durchlässigkeit. Sie sprechen neuerdings von einer neuen Durchlässigkeit.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab doch nie eine alte Durchlässigkeit und es gibt auch keine neue Durchlässigkeit, denn wir erleben die Verschärfung der Übertrittsnoten. Der Hinweis auf den Elternwillen ist absurd. Der Elternwille gilt für ein Segment von 0,33 Punkten zwischen 2,33 und 2,66. Die vielen Übertrittsmöglichkeiten, die Sie nennen, sind reine Theorie.

(Knauer (CSU): Weil nicht sein kann, was nicht sein darf! – Dr. Bernhard (CSU): Warum ist das Theorie?)

– Das wird Theorie bleiben, weil es die Schüler gar nicht gibt, die diese Übertrittsleistungen erbringen werden; denn die Hauptschüler, die als Ein-Drittel-Schüler verbleiben, werden nicht mithalten können, weil sich Ihr Konzept auf die guten Schüler zubewegt. Die Hauptschüler werden erleben, daß die anderen in das Gymnasium und in die Realschule gehen und sie auf der Schattenseite des Systems sitzen werden. Sie werden versagen und letzten Endes frustrierte und lernunwillige Schüler werden.

(Dr. Weiß (CSU): So schauen die Schüler aus, die wir bei uns haben!)

Ich komme zum Abschluß; fünf Minuten sind in der Tat sehr kurz. Sie haben ein Problem zum Problem gemacht, das gar keines war. Die vierstufige Realschule war für niemanden ein Problem, sondern das war eine anerkannte Schule. Die R 6 schafft völlig neue Probleme. Einige habe ich aufgezählt. Draußen gibt es aber echte Probleme, die gelöst werden müssen. Kümmern Sie sich zum Beispiel um die Schwächsten in der Gesellschaft, um die Förderschulen, die Hauptschulen und die Brennpunkt-Schulen.

(Dr. Weiß (CSU): Machen wir auch!)

Bringen Sie Ihre Bildungslandschaft in Ordnung.

(Dr. Weiß (CSU): Das machen wir schon!)

Es darf nicht sein, daß bei der Bildungsbeteiligung ein Süd-Nord-Gefälle entsteht.

(Knauer (CSU): Das haben wir jetzt schon!)

Beseitigen Sie die Bildungsarmut. Sie sind auf dem falschen Weg. Wir werden in der Diskussion um die bessere Schule in Bayern kämpfen. Die Kinder haben es verdient.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Kollege Knauer, Sie sind der nächste und zugleich letzte Redner in der Aussprache.

**Knauer (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Staatsministerin, die CSU-Landtagsfraktion begrüßt Ihren Gesetzentwurf. Wir sehen ihn als einen weiteren Schritt zur Qualitätssteigerung des bayerischen Schulwesens. Wir sind der Auffassung, daß die Strukturreform, die in diesem Gesetzentwurf in besonderer Weise im Mittelpunkt steht, nur ein Teil sein kann, um wieder dort zu sein, wo wir letztendlich sein wollen, nämlich weltweit an der Spitze bei der Leistungsfähigkeit unserer Schulen.

(Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein falsches Konzept!)

Mit der Strukturreform muß die innere Schulreform einhergehen. Hier gilt es die Lerninhalte, deren Vermittlung, aber vor allem auch ihre Sicherung auf den Prüfstand zu stellen. Gerade der landesweite Mathematiktest, Frau Kollegin Münzel, hat ganz offenkundig gezeigt, daß unseren Kindern an den bayerischen Schulen sehr viel Wissen vermittelt wird, Wissen, das aber leider oftmals nach der nächsten Schulaufgabe abgespeichert, wenn nicht gar gelöscht wird. Deswegen muß es eine neue Anordnung der Lerninhalte geben, etwa orientiert an dem Lehrplan der Grundschule, den Sie und Kollege Irlinger in der letzten Ausschußsitzung außerordentlich begrüßt haben.

Ein weiterer notwendiger Schritt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Reform der Lehrerbildung. Wir sehen hier Defizite. Wenn wir die genannten Reformen verwirklichen, werden wir einen wesentlichen Schritt nach vorne kommen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das, was Sie, Frau Kollegin Münzel, heute inhaltlich ausgeführt haben – von Herrn Kollegen Irlinger ganz zu schweigen – spottet jeder Beschreibung.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagten, die TIMS-Studie habe gezeigt, daß unser Bildungswesen nicht mehr dort sei, wo wir es haben wollten, nämlich an der Spitze. Sie verschweigen aber, daß Bayern nach wie vor im Vergleich der Bundesländer untereinander das leistungsfähigste Schulsystem aufweisen kann.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unter Blinden ist der Einäugige König!)

Sie sagten, dies hänge nicht mit der Organisation der Schule zusammen. Daraus kann man nur zwei Schlüsse ziehen: Der eine Schluß, den die Bayern ganz gerne hören würden, hieße: Die bayerischen Kinder sind schlauer als die anderen. Das wäre eine Erklärung. Die andere Erklärung, die vielleicht realistischer ist, würde zum Ausdruck bringen, daß Bayern mehr für seine Schulen tut, als dies andere Bundesländer – insbesondere die rot-grün regierten Länder – tun,

(Beifall bei der CSU – Dr. Weiß (CSU): Das ist der Fall!)

Meine Damen und Herren, die Orientierungsstufe hatten wir bereits in den siebziger Jahren in Bayern im Schulversuch erprobt. Frau Ministerin Hohlmeier ist darauf eingegangen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Damals wurde deutlich, daß die Orientierungsstufe nicht leistungsfähiger ist, obwohl wir mehr Personal zur Verfü-

gung gestellt hatten, daß die Orientierungsstufe wesentlich teurer ist und vor allem daß sie nicht zu mehr Sicherheit bei der Entscheidung über die Schullaufbahn der Kinder führt. Der Senat der Hansestadt Hamburg hat festgestellt, daß die Orientierungsstufe zirka 60% mehr finanzielle Mittel verschlingt, aber wesentlich schlechtere Ergebnisse aufweist als das gegliederte Schulwesen.

Herr Kollege Irlinger, Sie sagten, die Durchlässigkeit unseres Schulsystems werde durch die Reform nicht wesentlich verbessert. Dazu sage ich: Entweder sind Sie ein alter Ignorant und wollen nicht lesen und zur Kenntnis nehmen, was die CSU-Fraktion und die Staatsregierung vorgeschlagen haben, oder Sie können es intellektuell nicht verarbeiten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, die Kollegen der CSU-Fraktion erleben fast täglich, wenn sie über die geplante Schulreform aufklären, den Kommentar vieler Zuhörer: „Wir sind für Ihre Ausführungen dankbar; BLLV, SPD und auch die GRÜNEN haben bislang immer etwas anderes erzählt.“ Ich bemerke dazu: Sie wollen nicht aufklären, sondern erzählen sozialistische Märchen und tragen Schulkonzepte der sechziger und siebziger Jahre vor, die sie aber teilweise gut verschleiern.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte Sie sehr, in der Auseinandersetzung ehrlich zu bleiben.

(Unruhe bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört bei der Unterstützung des Volksbegehrens auch, klar zu sagen, daß SPD und GRÜNE die sechsjährige gemeinsame Grundschule wollen, daß sie nichts vom gegliederten Schulsystem halten und es über Bord werfen wollen und daß ihre Konzepte die heimatnahe Beschulung gefährden. Die heimatnahe Beschulung hat die CSU in Bayern aufrechterhalten und gesichert. SPD und GRÜNE spielen sich heute als Bewahrer derselben auf. Meine Damen und Herren, schauen Sie sich Ihre Anträge aus den letzten Legislaturperioden an. Wenn wir ihnen gefolgt wären, gäbe es die heimatnahe Beschulung nicht mehr.

Für die CSU sage ich die objektive Prüfung beider Gesetzentwürfe zu. Meine Damen und Herren, mit Modellen aus den siebziger Jahren haben wir aber nichts am Hut.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, beide Gesetzentwürfe dem Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport als dem federführenden

Ausschuß zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. So beschlossen.

Ich rufe auf:

### **Tagesordnungspunkt 13 c**

#### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**eines Zweiten Gesetzes über weitere Maßnahmen zur Verwaltungsreform in Bayern (Zweites Verwaltungsreformgesetz – 2. VwReformG) (Drucksache 14/1369)**

#### **– Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird von seiten der Staatsregierung nicht begründet. Die Fraktionen haben beschlossen, keine Aussprache zu führen, so daß ich im Einvernehmen mit dem Ältestenrat vorschlagen kann, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als dem federführenden Ausschuß zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. So beschlossen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 17.29 Uhr)